

Johannes Magel

## EDITORIAL

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe von T&P befasst sich mit der Bewegung der Gelben Westen in Frankreich. *Alexandra Liebig* zeichnet in ihrem Beitrag die Entwicklung der Bewegung nach. Sie arbeitet die sozialen Ursachen der Proteste heraus und charakterisiert die soziale Zusammensetzung der Protestierenden, dabei zeichnet sie ein differenziertes Bild zur politischen Positionierung der Bewegung und tritt der Legende entgegen, die Gelben Westen seien ein Teil der politischen Rechten. Die Gelben Westen haben mit ihrer Forderung nach Rücktritt Macrons die Regierungsmacht infrage gestellt. Die brutale Härte, mit der die Polizei und diverse „Spezialkräfte“ gegen die Bewegung vorgehen, zeigt, dass die herrschende Klasse Frankreichs sich der Herausforderung durch diese Protestbewegung

von unten sehr bewusst ist. Die weitere Perspektive der Bewegung wird stark davon abhängen, ob und welche Formen der Zusammenarbeit sich zwischen ihr und dem klassenkämpferischen Teil der Gewerkschaften entwickeln werden.

Auf der politischen Linken Frankreichs hat die Bewegung *La France Insoumise* die Gelben Westen sehr früh unterstützt; dazu geben wir eine Stellungnahme von *Jean-Luc Mélenchon* wieder. *Andreas Wehr* stellt die Frage:

Die Bewegung der Gelbwesten, was lehrt sie uns? Er hebt hervor, dass die Proteste auch Ausdruck einer gesellschaftlichen Spaltung sind: Hier die sozial am meisten Ausgepressten, die meist am Rande der großen Städte oder auf dem Lande leben, auf der anderen Seite eine „größtstädtische Kulturlinke“. Er konstatiert die Herausbildung einer - in Deutschland noch weitgehend unsichtbaren - sozialen Linken. Der Autor sieht es als Erfolgs-



voraussetzung der Sammlungsbewegung *#aufstehen*, dass sie sich von der „Kulturlinke“ absetzt und die Bedürfnisse der sozialen Linken in den Mittelpunkt stellt. Wir schließen diesen Teil der Ausgabe mit der Dokumentation der *Erklärung des Parteivorstands der DKP* vom Dezember 2018 ab: Solidarität mit den Gelbwesten – sprechen wir französisch mit Merkel und EU.

Wir führen in dieser Ausgabe eine Reihe von Debatten fort, die wir in den

letzten Heften begonnen hatten. *Stephan Müller* analysiert in seinem Beitrag zur EU als imperialistisches Instrument die Triebkräfte des militärischen Weltmachtstrebens des deutschen Imperialismus, bei anhaltender militärischer Dominanz des US-Imperialismus, ebenso wie die nationalen und internationalen Gegenkräfte.

*Kurt Baumann* setzt sich in seinem Text mit dem Artikel von *Thomas Lurchi* u.a. in T&P 46 auseinander. *Lurchi* und seine Mitautoren hatten sich hier positiv über die Möglichkeiten und Perspektiven der Sammlungsbewegung *#aufstehen* geäußert. *Baumann* polemisiert gegen diese Position und entwickelt seine Argumentation, die Autoren propagierten mit ihrer positiven Beurteilung von *#aufstehen* ein sozialliberales Projekt und behinderten damit die Entwicklung der kommunistischen Partei als eigenständigem politischen Faktor.

*Richard Corell* fasst mit seinem Artikel zum Thema Klassen und Klassenkampf in der VR China ein heißes Eisen an. Er legt seine Auffassung dar, wonach „der Sozialismus als niedere Stufe des Kommunismus .. keine Gesellschaftsform zur gerechten Verteilung und Bewirtschaftung des Mangels (ist), sondern eine Gesellschaft, in der – als Prozess über einen langen Zeitraum – der Mangel abgeschafft wird - der materielle und geistige -, damit alle Springquellen des Reichtums reichlich fließen und sich entwickeln können ..“ Er begründet seine Position, wonach die KP Chinas als führende politische Kraft für den sozialistischen Entwicklungsweg Chinas steht und so dem Sozialismus in China und im internationalen Maßstab eine reale Perspektive eröffnet.

Alexandra Liebig

## GELBE WESTEN KORRESPONDENZ AUS FRANKREICH

Mit der Affäre um Macrons prügeln-den Leibwächter Benalla im Juli 2018 geriet die Macron-Philippe-Regierung in ernste Schwierigkeiten und musste eine Parlamentskommission zur Untersuchung einsetzen. Sie verlief im Sande, ebenso wie die Fragen von Abgeordneten der Partei La France Insoumise (etwa: Aufrechtes Frankreich, abgekürzt FI oder LFI, Vorsitzender Jean-Luc Mélenchon) zur Rolle von namentlich genannten Reserveoffizieren und Polizisten bei Übergriffen gegen Demonstranten. Die instabile regierungspolitische Lage erreichte mit der Demission des Umweltministers Hulot im August 2018 einen weiteren Höhepunkt. Es folgten mehrere personelle Wechsel in der Regierung, für 2019 sind weitere angekündigt. Anfang Oktober 2018 demissionierte unerwartet und überstürzt der Innenminister Gérard Collomb. Sein Platz blieb über Wochen unbesetzt. Darüber hinaus ist eine Justizreform im Gange, die die Gewaltenteilung in Frage stellt.

### Politische Instabilität und Machtkämpfe

Die destabilisierte Regierung Macron-Philippe steht nicht nur in der Kritik linker Kreise, sondern wird auch angegriffen von der rechten Partei *Les Républicains* (Republikaner, LR), die aus der Partei Sarkozy entstand, und der faschistischen Le Pen-Partei (früher Front National, jetzt Rassemblement National, Nationale Sammlungsbewegung, RN). In der Provinz besitzen die „Republikaner“ einen hohen Wähleranteil unter Kleinbürgern und Bauern, RN fischt Anhänger aus dem alten Ultrarechtssumpf, aber auch bei enttäuschten Linkswählern. Hinter den politischen Konkurrenzkämpfen stehen ganze Wirtschaftszweige, die beobachten, wer besser in ihrem Sinne vorankommt.

### Das Vorspiel zur Demonstration am 17. November

Die Bewegung der gelben Warnwesten entstand nicht einfach spontan auf

Facebook und anderen Plattformen. Die größte französische Boulevardzeitung *Le Parisien* erschuf die erste Prominente der Gelben Westen, Priscillia Ludosky mit einem Interview am 21.10.2018 und rief damit zur Demonstration gegen die Kraftstoffsteuer am 17.11.2018 auf. *Le Parisien* gehört zum Einflussbereich des reichsten Mann Frankreichs, Bernard Arnault, der das weltweit größte Luxusunternehmen LVMH sowie eine Mediengruppe, Finanzgesellschaften und den Lebensmittelkonzern Carrefour beherrscht. Das Interview des *Parisien* wurde von RTL und weiteren Medien rasch verbreitet, wobei Ludoskys Vorname oft ohne i, also als Priscilla angegeben wurde.

Priscillia Ludosky hatte bereits am 29. Mai (!) eine Protestpetition an das Umweltministerium wegen der zu hohen Besteuerung der Kraftstoffpreise geschickt. Am Tage des Interviews hatten sich ihrer Petition ganze 12.300 Protestierende angeschlossen. Allerdings hatte sie da auch schon die Unterstützung von einem Automobilclub, mit dem zusammen für den 17. November eine „opération escargot“ (Operation Schnecke) und eventuelles Blockieren von Tankstellen und Raffinerien angekündigt wurden.

Priscillia Ludosky wurde dann mit einigen anderen Gelbe Westen, z.B. einer regionalen Abgeordneten der rechten LR, groß ins Fernsehlicht gerückt. Die Rechten und extremen Rechten unterstützten in den beiden ersten Wochen die Gelbwestenbewegung und versuchten sie an sich zu ziehen. Als aber später im November die 42 sozialpolitischen Forderungen der Gelben Westen erschienen, wurden sie, insbesondere die Erhöhung des Mindestlohnes, von den Rechten und extremen Rechten kategorisch abgelehnt. Die Gewalt der uniformierten Polizei und von kaum identifizierbaren Spezialkräften nahm immens zu.

Die Regierung unterstellt in den Medien seit Beginn der Demos nach dem Haltet-den-Dieb-Prinzip lautstark, dass die Rechtsextremen dahinterstecken. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist zu

sehen, dass die Leitung der Gewerkschaft CGT anfangs Abstand von den Demonstrationen hielt. Mittlerweile rückt in den Medien die Gleichsetzung von Braun und Rot (womit France Insoumise gemeint ist) in den Vordergrund. Das ist der Ausweitung der Gelben-Westen-Bewegung geschuldet, an deren Demos Abgeordnete und Mitglieder der LFI konsequent teilnehmen.

### Spontane Bewegung

Denn es kam schnell anders, als es sich die Kräfte der Rechten vorstellten. Der 17. November wurde zur großen spontanen Massenbewegung gegen die Macron-Regierung und deren unsoziale und undemokratische Sparmaßnahmen. Vielerorts haben die Gelben Westen sich mit den aktiven Gewerkschaftern der CGT vereint, die bereits 2016/17 gegen das Arbeitsgesetz Hollandes und 2018 beim Kampf für die Eisenbahner an der Basis aktiv waren, oft Kommunisten und Mitglieder der France Insoumise. Die größten Demonstrationen finden nach wie vor samstags statt, nichts deutet auf ein Ende der Bewegung. Für den neunten Tag der Demos, am 12. Januar, mussten Medien und Regierung feststellen, dass sich die spontanen Demonstrationen entschlossen organisiert und politisiert haben. Für den elften Demonstrationstag gab es mehrere angemeldete Demonstrationzüge in Paris. Eine „Gelbe Nacht“, benannt nach den „Nuits debout“ - nächtelangen Protestdiskussionen - von 2016, wurde von Polizeikräften am 26.01.2019 gewaltsam zerstreut. Als noch alles ruhig war, wurde einem der entschlossenen Anführer der Gelben Westen aus der Gruppe um Eric Drouet („La France en colère“, Frankreich im Zorn) mit einem Flashball-Schuss ein Auge schwer verletzt, als er die Demo filmte. Flashballs sind gewehrartige Polizeiwaffen, mit denen Anti-Demonstranten-Geschosse, meistens 44mm Gummikugeln, verschossen werden.

Bei den Forderungen der Gelben Westen ging es von Beginn an nicht allein um

die Absenkung der Kraftstoff- und Mehrwertsteuer. Mit Erschrecken mussten die Rechten Forderungen nach Erhöhung der Löhne inklusive der Mindestlöhne, nach Abschaffung der Mehrwert-Steuer für Waren des täglichen Gebrauchs, nach Absenkung von Ministergehältern, nach sozialer Steuergerechtigkeit und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer feststellen. Viele fordern auch das Recht auf ein Referendum auf Initiative der Bürger (Frz. RIC) ein.

Die Demonstrationen der Gelben Westen gaben auch den Forderungen der jungen Leute nach mehr Bildungsgleichheit Auftrieb. Oberschüler und Studenten mit ihren Gewerkschaften UNL und Fidl schlossen sich den Gelben Westen an. Andere Bewegungen entstanden im Dezember 2018, wie die *Stylos rouges* (Rotstifte, am 25.1. 66.500 Mitglieder), die ihrem Zorn über den Mangelzustand in Bildung und Ausbildung Ausdruck geben: „... die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Bewegungen genügen nicht mehr, weil die Regierung seit Jahren auf ihre Kämpfe und Aktionen nicht mehr reagiert.“

### **Ideologische Vereinnahmung ...**

Die Proteste der jungen Leute richten sich auch (und noch zu wenig) gegen die Einrichtung eines allgemeinen Wehrdienstes, der nach Angabe des Vertreters der Schüलगewerkschaft das Land vier Milliarden Euro kostet. Wer nicht „freiwillig“ teilnimmt, riskiert die Zulassung zu Führerschein und Studium. Die erste Stufe umfasst alle 16-jährigen für drei Monate, später soll ein zusätzliches freiwilliges Jahr folgen – alles unter Obhut der Armee.

Der ständige Einsatz der Polizei in den Schulen war vom Macron-Vertrauten Christophe Castaner, der jetzt Innenminister ist, vorgeschlagen worden. Schulleiter absolvieren freiwillige Lehrgänge bei der Armee. Vorträge von Soldaten gehören in großen Betrieben nun zur Erziehung der Belegschaften zur Unterordnung. Das alles gehört zu einem am 23. Februar 2018 vom Premierminister vorgestellten „Nationalen Plan zur Vorbeugung der Radikalisierung“, der auch Maßnahmen zu Berufsverboten und Bespitzelung von Arbeits- und Wohnnachbarn enthält. In den Medien wurde das Programm nur kurz als Anti-Terrorismus-Thema mit Blick auf Syrien-Rückkehrer diskutiert. Die von der PS (Parti socialiste, Sozialdemokraten) gegründete *Stiftung Jean Jaurès*, die zu

Radikalisierung arbeitet, sieht auch Françoise Insoumise unter den Radikalisierern.

### **...und gewaltsame Unterdrückung durch die Regierung**

Übereinstimmend wird von Beobachtern festgestellt, dass sich seit 1968 die Exekutive nicht mehr so gewalttätig gezeigt hat. Bereits am 10. Dezember war ein gewerkschaftsübergreifendes Kommuniqué der Journalisten veröffentlicht worden, das Polizeiangriffe auf Journalisten auch unmittelbar mit Flashball verurteilte. In einer von LFI und auch in der Zeitung *Le Monde* veröffentlichten Erklärung heißt es nun: „Die Repressionen gegen die Gelben Westen sind massiv. Mehr als 5.600 vorläufige Festnahmen, mehr als tausend Verurteilungen. Männer und Frauen, deren Leben zerstört wurde. Die Regierung hat sich angesichts der Bewegung für eine brutale Aufrechterhaltung der Ordnung entschieden: Überzogenes Polizeiaufgebot, geschlagene und an der Arbeit gehinderte Journalisten, präventive Festnahmen, systematische Anwendung von Tränengas und Schlagstöcken, gewalttätige Räumungen, Schüsse von Flashballs und Räumungs-Granaten, Drohnen und Hubschrauber, Panzerfahrzeuge... Entspannung ist nicht die Option der Regierung. Der Schlagstock ist zukünftig die einzige Option.“ Am 12. Januar 2019 veröffentlichte die Zeitung *Liberation* die vorläufige Bilanz: 10 Tote, 1.700 Verletzte, davon 82 schwer, 12 ausgeschlagene Augen, 4 Hände durch Räumungsgranaten abgerissen, 5.339 vorläufige Festnahmen, 815 Haftbefehle, 292 Inhaftnahmen, tausende Strafverfolgungen.

Mehrere Klagen gegen den Innenminister und gegen einen ehemaligen Bildungsminister, der sogar Armee mit Schusswaffen zum gewaltsamen „Abräumen“ der Demonstranten forderte, sind anhängig. Am 23. Januar 2019 legte die Bezirksleitung der CGT Paris gemeinsam mit der Liga für Menschenrechte Klage gegen die Anwendung der Flashball-Waffen ein.

### **Die Proteste der Gelben Westen haben soziale Ursachen**

Bereits am 1.1.2014 gab die damals regierende PS unter Hollande den Startschuss für höhere Verbrauchssteuerbelastung, als er den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Gas, Strom und Wasser auf das allgemeine Niveau von 20 Prozent an hob.

Die Preise für Kraftstoffe steigen seit Jahren ständig.

Das INSEE (staatl. Statistikamt) vermerkt im August 2018 zu den Preissteigerungen, dass „die Preise der Verbrauchsprodukte (...) die höchsten beobachteten Steigerungen seit dem Sommer 2011 zeigen“. Nahrungsmittel- und Energiepreise stiegen im November und Dezember 2018 erheblich. Zudem hat die Regierung Frankreichs für Januar 2019 eine bis 2022 steigende Energieverbrauchssteuer (inklusive Kraftstoffe) angekündigt. Durch die nicht-progressive Mehrwert- und Kraftstoffsteuer werden die Haushalte mit geringen Einkommen und langen Anfahrtswegen zur Arbeit am stärksten besteuert, die obendrein die seit einem Jahrzehnt stark steigenden Mietpreise am schwersten verkraften können. In Paris stiegen die Mieten in den letzten in zehn Jahren auf das Doppelte. Hinzu kommt die von Macron eingeführte „Solidarbeitragssteuer“, die die paritätische Sozialversicherungsbeiträge ersetzt, aber jetzt schon die alten Beiträge übersteigt. Die Änderung war aber als Beitrag zur Kaufkraftsteigerung verkauft worden.

Die Arbeitslosenzahl bleibt trotz ständiger Veröffentlichungen über minimale Rückgänge sehr hoch bei 9,1 Prozent der aktiven Bevölkerung. Darin erscheinen noch nicht die „Schattenarbeitslosen“, die Arbeitssuchenden ohne Berechtigung auf Arbeitslosengeld, die in etwa gleicher Größenordnung dazu gerechnet werden müssten.

Die soziale Betreuung verschlechtert sich vor allem außerhalb der Großstädte deutlich - Beispiele: Gesundheitseinrichtungen schließen, eine Stunde Fahrt zur Entbindung. Heime psychisch Kranker wurden nach Belgien ausgelagert. Staatliche Zuschüsse für Jugend- und Sozialeinrichtungen oder Vereine werden abgebaut und privatisiert. Die Gemeinden beklagen den deutlichen Rückgang staatlicher finanzieller Unterstützungen.

### **Eine allgemeine Wut steigt auf**

Das ist der Hintergrund für den massenhaften Zulauf zu den Gelben Westen, der durch verzerrte Darstellungen zur Einkommensverteilung noch angefacht wurde. So bezog sich das oben erwähnte Massenblatt *Le Parisien* auf INSEE-Daten und behauptete am 22.01.2019, dass die reichsten 20

Prozent Frankreichs ein Monats-Einkommen von ganzen 4.565,80 Euro hätten!

## **Soziale Zusammensetzung der Gelben Westen**

Ein Kollektiv von Wissenschaftlern und Studenten hat am 11. Dezember 2018 eine erste Studie über die soziale Zusammensetzung der Gelben Westen vorgelegt. Sie stellten fest: Es sind zu meist Männer und Frauen zwischen 35 und 49 Jahren, einige Jüngere, viele stehen kurz vor der Rente, einige sind bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden. Überproportional mit knapp 50% sind kleine Angestellte und Arbeiter mit Fachabitur- oder Berufsschulabschluss vertreten. Ein Viertel sind Rentner, die im Berufsleben standen.

Intellektuelle und Leute mit Masterabschluss oder mehr sind mit etwa 5% vertreten, 10% sind mittlere Angestellte und weitere gut 10 % Prozent Handwerker, kleine Ladenbesitzer und Kleinunternehmer einschließlich der sich selbst ausbeutenden Einzelunternehmer. Der angegebene Durchschnittsverdienst pro Haushalt mit 1.700 Euro zeigt, dass sie überwiegend bescheidene Einkommen haben, aber als prekär angesehen werden können nur zehn Prozent unter ihnen.

47 % der befragten Gelbwesten waren erstmals auf einer Demo, aber 44 % hatten schon an Streiks teilgenommen. Neun von zehn verweigern Gewalt, um ihre Ziele durchzusetzen. Sie sind zu meist offen für Aktionen wie Besetzungen und vor allem für Demonstrationen in Paris, wenn sie sich die Reisekosten leisten können. Etwa ein Drittel sieht sich als politisch links, soweit sie sich überhaupt politisch einordnen wollen, 23 % betrachten sich als „in der Mitte“ und rechts, es sind auch Macron-Wähler dabei. Die sich extrem rechts fühlenden Befragten sind unter fünf Prozent. 81 % meinen, dass Parteien nichts in der Bewegung zu suchen haben, für 64 % gilt das auch für Gewerkschaften.

Als Grund für die Teilnahme an der Bewegung sehen sich die Menschen weniger in der Revolte, sondern, dass sie ihre Kaufkraft und ihren Lebensstandard gegen ein ungerechtes Steuer- und Abgabensystem verteidigen, sich auch gegen die diskriminierenden und demütigenden Worte von Macron und seiner Regierung wehren. Soweit die Studie.

Die Teilnehmer der Gelben-Westen-Bewegung kommen also zu 75% aus der Arbeiterklasse und zu 25% aus klein-

bürgerlichen Schichten, die in den Kreis der unteren Einkommen abrutschen.

Viele Verschlechterungen aufgrund der Arbeitsgesetze, gegen die die Gewerkschaften bisher ergebnislos kämpften, werden erst im Laufe des Jahres zum Tragen kommen: Kürzungen von Zuschüssen zu Urlaub, Fahrgeld, Mittagessen und Miete. Das betrifft auch Erhöhungen der schon genannten Solidarbeitragssteuer für Rentner und Werk tätige, die an Stelle des Sozialversicherungsbeitrags trat. Sie bewirkt den Übergang zu immer mehr Privatversicherungen und damit erhebliche Mehrausgaben für Kranke und Kinder.

Es sammelt sich weiter Protestpotential an.

## **France Insoumise**

Das Pressebüro der France Insoumise (LFI, Das Aufrechte Frankreich) hat am 17.12.2018 angekündigt, dass ihre Fraktion am 21.02.2019 einen verfassungsrechtlichen Vorschlag unterbreiten werde, der ein Referendum auf Bürgerinitiative ermöglichen solle. Das steht bereits in ihrem Programm. Damit unterstützen sie Forderungen vieler Gruppierungen der Gelben Westen.

Die Abgeordneten und Mitglieder von France Insoumise standen von Beginn an auf der Seite der Gelben Westen und nahmen an Protesten teil. Aber schon vorher griffen sie im Parlament die anti-sozialen Pläne der Regierung an. Jean-Luc Mélenchon, der Fraktionsvorsitzende von LFI, hat die von der Regierung vertretene „Theorie der Berieselung“ kritisiert: Sie unterstelle „je bedeutender die Einkommen der Reichen sind, umso größere Krümel fallen auf allen Ebenen der sozialen Pyramide ab“. Es sei aber ein unbegründeter Glaube, dass die Milliarden ihre Geld in die reale Ökonomie, also die Unternehmen der materiellen Produktion stecken würden. Vor einiger Zeit seien normalerweise 33 Prozent der in den Unternehmen erwirtschafteten Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet worden, heute seien es schon 57 Prozent!

Am 5. November 2018 erklärte die Abgeordnete der LFI Mathilde Panot anlässlich der Erhöhung der Kraftstoffsteuer: „Diesen Morgen erzählte uns Bruno Le Maire (Wirtschaftsminister) eine der Debatte angemessene große Neuigkeit: Auch er bezahlt beim Tanken. Will er einen Orden dafür? Monsieur Bruno Le Maire ist mit 9.440 Euro brutto einer der bestbezahlten Franzosen des Landes. Die Hälfte unserer Landsleute erhält laut IN-

SEE weniger als 1.772 Euro netto im Monat. Sie profitieren nicht, wie seine Kollegin Muriel Pénicaud, die Arbeitsministerin, vom Ende der Vermögenssteuer. .. Der Zorn unserer Mitbürger erklärt sich aus dem Messen mit zweierlei Maß. Es gibt die bestrafende Ökologie für die Armen und die Freiheit zum Zerstören und Verschmutzen für die Reichen.“ Innerhalb weniger Tage wurde das Video mit ihrer Rede von mehr als drei Millionen Menschen gesehen. Eine Meldung vom 12. November über Gehaltserhöhungen beim Pressesprecher der Regierung von 4.926 auf 9.180 Euro brutto und der Gleichstellungsbeauftragten Marlène Schiappa von 5.767 auf 9.079 Euro brutto war zusätzlich Wasser auf den Mühlen der dann am 17. November Demonstrierenden.

## **Die Debatte des Präsidenten - mit dem Volk?**

Macron eröffnete am 15.01.2019 eine große „Debatte mit seinem Volk“, die zunächst die Bürgermeister in den Gemeinden organisieren müssen. Er hat jedoch in einem „Bürgerbrief“ bereits erklärt, dass er von seinen Zielsetzungen nicht abgeht. Mit der „Debatte“ versucht die Regierung, einen Teil des abgefallenen Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse zurückzugewinnen. Die Zugangsregeln zu dieser Debatte, an der auch Minister teilnehmen, sind streng geregelt, auch die Themen. Die Teilnahme gleiche eher einer Zuführung als freiwilligem Kommen, kritisierte Mélenchon. Der Dialog wird u. a. von LFI und CGT, aber auch vielen öffentlichen Personen abgelehnt. Die PCF (Parti communiste français, FKP) stellt eine eigene Beschwerdeseite für das Volk zur Verfügung.

Laurent Berger von der reformistischen Gewerkschaft CFDT hatte Macron bereits am Sonntag nach der ersten Demo, am 18.11., vorgeschlagen, bei den großen Gewerkschaften für einen „sozialen Pakt der ökologischen Konversion“ zu werben. Das Gespräch fand am 6. Dezember statt - auch Martinez von der eher klassenkämpferischen Gewerkschaft CGT unterschrieb, musste jedoch auf Druck der Basis und zahlreicher Gewerkschafts-Strukturen (z. B. Chemie) seine Unterschrift noch am gleichen Tag zurücknehmen. Klar gemacht wurde ihm, dass man nicht gleichzeitig mit der pro-Macron-Gewerkschaft CFDT und ihrer antisozialen Politik gehen und gleichzeitig gegen Macron vorgehen

kann. Das hieße doch, den Protesten der Gelben Westen, der Schüler und aller arbeitenden Menschen in den Rücken zu fallen.

## Gewerkschafter und Gelbe Westen Seite an Seite

Gewerkschafter der CGT aus örtlichen Organisationen, mancherorts auch der Bezirksorganisationen, gingen sofort am 17.11. auf die Gelbwesten zu. Auch Mitglieder anderer Gewerkschaften, die die Haltung ihrer nationalen Leitung nicht teilten, nahmen teil. Sie konnten feststellen, dass sie gleiche soziale Forderungen vertraten. Es kam die Losung auf: Fragt nicht mehr, was die CGT macht – handelt selbst in ihr. Die aktiven CGT-Gruppen erlebten einen

steigt. Das Akzeptieren des sogenannten Sozialen Dialogs ist Bauernfängerei“, fasst es ein Genosse und Gewerkschafter zusammen.

Macrons Zusagen vom Dezember wurden gemeinsam unter die Lupe genommen und als Täuschung erkannt. So werden die von der Regierung versprochenen Prämien für Niedrigverdiener aus der Kasse der Sozialversicherung bezahlt und die Aufstockung der Mindestlöhne bezahlen die Steuerzahler. Das von Mélenchon kritisierte neue Budgetgesetz mit den Zugeständnissen von Macron sei eine Kampfansage an die Werktätigen. (Siehe dazu Mélenchons Presserklärung vom 10.12.2018, die in dieser T&P dokumentiert ist.)

## Weitere Entwicklung der Bewe-

*Auf Anregung unserer Korrespondentin aus Frankreich drucken wir im Folgenden einen Text von W.I. Lenin ab, den er im Juli 1916 verfasste.*

W.I.Lenin

### Massen mit den wildesten Vorurteilen..

Wer eine „reine“ soziale Revolution erwartet, der wird sie *niemals* erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.

Die russische Revolution von 1905 war eine bürgerlich-demokratische Revolution. Sie bestand aus einer Reihe von Kämpfen *aller* unzufriedenen Klassen, Gruppen und Elemente der Bevölkerung. Darunter gab es Massen mit den wildesten Vorurteilen, mit den unklarsten und phantastischsten Kampfzielen, gab es Grüppchen, die von Japan Geld nahmen, gab es Spekulanten und Abenteurer usw. *Objektiv* untergrub die Bewegung der Massen den Zarismus und bahnte der Demokratie den Weg, darum wurde sie von den klassenbewußten Arbeitern geführt. Die sozialistische Revolution in Europa *kann nichts anderes sein* als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen – ohne eine solche Teilnahme ist ein Massenkampf *nicht* möglich, ist überhaupt keine Revolution möglich –, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineinragen. *Objektiv* aber werden sie das *Kapital* angreifen, und die klassenbewußte Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern, die Banken in Besitz zu nehmen, die allen (wenn auch aus verschiedenen Gründen!) so verhaßten Trusts zu expropriieren und andere diktatorische Maßnahmen durchzuführen, die in ihrer Gesamtheit den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus ergeben, einen Sieg, der sich durchaus nicht mit einem Schlag aller kleinbürgerlichen Schlacken „entledigen“ wird.

---

aus: W.I.Lenin „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, LW Bd.22, S. 364.

Mitgliederaufschwung. Zahlreiche Genossen der PCF und von kommunistischen Organisationen nahmen an den Protesten teil. In vielen Diskussionen waren die Ursachen mangelnder bisheriger Erfolge Thema.

„Durch unsere Schwachpunkte wird ein gewisses Vertrauensmanko in den Gewerkschaften bei den organisierten und nichtorganisierten Kollegen geschaffen. Es fehlt ein Programm der landesweiten branchenübergreifenden Kämpfe. Auf nationaler Ebene kommt der Zorn nicht zum Ausdruck, der in den Arbeitsstätten und Haushalten auf-

## gung der Gelben Westen

Für die Versuche der Spaltung der Bewegung wird täglich viel Papier bedruckt und Medienraum besetzt. Ausgehend von der unterschiedlichen Zusammensetzung und Forderungsbreite der Gelben Westen war und ist zu erwarten, dass sie sich in verschiedene Richtungen bewegen. Wenn auch ein großer Teil „Macron démissionne“ (Macron tritt zurück) forderte, heißt das noch nicht, dass sie das kapitalistische Regime stürzen wollen. Wichtig ist zu verfolgen, welche Gruppen der Gelben Westen sich

in welche Richtung bewegen. Die PCF als orientierende Kraft ist nicht sichtbar. Deutlich ist, dass ein Teil in Richtung France Insoumise geht. Um andere Teile reißen sich die Reste der früheren großen Parteien, die von Macrons neuer „Bewegungs“-Partei REM (République en marche, etwa Republik im Aufbruch) zerrissen wurden: Die rechtskonservativen Erben Sarkozys und die rechtssozialdemokratischen Erben Hollandes.

Bei der PCF-Führung versendet alles in Diskussionsrunden und Werbung für die Europawahlen. Die Genossen an der Basis sind praktisch führungslos.

Die Gelben Westen haben mit ihrer Forderung nach Macrons Demission die Regierungsmacht infrage gestellt. Die reagiert in einem weiteren autoritären politischen Abdriften mit immer mehr strafrechtlicher Verfolgung und blutiger Niederschlagung der Bewegung. Mit dem nahezu beschlossenen Gesetz *Belloubet* werden bald überfallartige Durchsuchungen legal möglich sein, wie sie bei der Führung von France Insoumise im Oktober ohne gesetzliche Grundlage geübt wurden.

Um der Rechtsentwicklung entgegen zu treten ruft auch die Föderation Erziehung, Forschung und Kultur der CGT auf, an allen Aktionen in den Bildungseinrichtungen teilzunehmen und die sozialen Bewegungen einheitlich zu unterstützen, auf allen Ebenen, im ganzen Land: Versammlungen, Streiks, Demonstrationen am Wochenende und abends, öffentliche Versammlungen usw. Für den 5. Februar ist ein nationaler Streiktag vorgesehen. France Insoumise unterstützt ihn. Wesentliche Forderungen sind die Rückkehr der Vermögenssteuer, das Zurücknehmen der Sozialbeitragssteuer und die Wiedereinführung der Sozialbeiträge sowie die Steigerung des Mindestlohnes auf 1.800 Euro sind. Die Gruppe der Gelben Westen um Erik Drouet („Frankreich in Zorn“) hat ihre Beteiligung zugesagt. Sicher werden auch die Schilder mit „Macron démissionne“ nicht fehlen.

### Quellen und Anmerkungen:

- 1 <https://www.gouvernement.fr/sites/default/files/contenu/piece-jointe/2018/02/2018-02-23-cip-dr-radicalisation.pdf>
- 2 [https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/01/17/il-est-grand-temps-d-interdire-les-flash-ball-et-les-grenades-de-desencerclement\\_5410215\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/01/17/il-est-grand-temps-d-interdire-les-flash-ball-et-les-grenades-de-desencerclement_5410215_3232.html)
- 3 <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3611878>
- 4 <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3598305>
- 5 Zuerst veröffentlicht in : Le Monde vom 11. Dezember 2018 oder : <https://histoiretsociete.wordpress.com/2018/12/17/qui-sont-les-gilets-jaunes-une-enquete-pionniere-dun-collectif-de-chercheurs/>
- 6 <http://melenchon.fr/2017/10/22/le-budget-des-riches-et-limpossible-ruissellement/>

Der französische Präsident Emmanuel Macron wandte sich am 10. Dezember 2018 in einer 13-minütigen Rede an die Bürger des Landes. Grund waren die seit dem 17. November stattfindenden Erhebungen, die im ganzen Land Straßenkreuzungen und -plätze, Mautstationen und andere öffentliche Flächen besetzten. Als gemeinsames Zeichen der Bewegung dienten und dienen die gelben Warnwesten. Macron verkündete Maßnahmen, um nach vier Protestwochenenden einen Akt 5 zu vermeiden. Der französische Abgeordnete und Vorsitzende der Fraktion France Insoumise (Das Aufrechte Frankreich) in der Nationalversammlung, Jean-Luc Mélenchon, äußerte sich am gleichen Tag in einer kurzen Stellungnahme [1] dazu, die wir hier leicht gekürzt dokumentieren. Wie bekannt gingen und gehen die Unruhen weiter.

Übersetzung Alexandra Liebig.

# MÉLENCHONS ANTWORT AUF MACRONS

## „GELBWESTEN“- FERNSEHANSPRACHE AM 10. 12. 2018

Der Präsident hat gesprochen. Er hat sich in der Epoche geirrt. Er hat das Volk angeknurrnt wegen Gewalttätigkeiten ohne ein Wort zu verlieren über die Opfer sowohl unter den Demonstrierenden als auch unter den Sicherheitskräften, die durch die politische Logik dieser Politik in eine Sackgasse geraten sind. Angesichts der Empörung der sehr großen Zahl über die sozialen Ungleichheiten und vor allem darüber, dass die Einen Alles haben und die Anderen Nichts, dachte er, dass er mit Verteilen von Kleingeld die ausgebrochenen staatsbürgerlichen Unruhen beruhigen kann.

Es ist an denen, die heute in Aktion sind, den Gelben Westen und der Jugend, zu sagen, ob sie damit einverstanden sind. Wir, die Aufrechten Parlamentarier (der Parlamentsfraktion France Insoumise, d. Ü.), sehen Folgendes:

### Erster Punkt

Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung ist von keiner der Maßnahmen Macrons betroffen: Die Arbeitslosen und unter ihnen vor allem die 50 Prozent ohne Leistungsbezug. Die Zeitarbeiter und vor allem 80 Prozent von ihnen, die Frauen, die obendrein schlechter für die gleiche Arbeit bezahlt werden. Die Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Rentner, die mehr als 2000 Euro erhalten, unterliegen weiterhin der Steigerung des CSG (Sozialbeitrag-Steuer d.Ü.)[2]. Die Nichtanpassung der Pensionen und Renten an die Lebenshaltungskosten wird aufrechterhalten.

### Zweiter Punkt

Alle Maßnahmen werden von den Steuerpflichtigen und den Sozialversicherten bezahlt, keine von den großen Vermögen und aus Profiten.

Die Nichtbesteuerung der Überstunden wird entweder von der Sozialversicherung oder dem Staat bezahlt. Die Steigerung des Mindestlohnes wird nicht von den Unternehmern, sondern durch Steuern bezahlt.

### Dritter Punkt

Die Aktionäre sind gut geschützt. Die außerordentliche Prämie, die die Unternehmen zahlen sollen, ist nicht verpflichtend. Aber sie ist steuerfrei, was einen Mitnahmeeffekt dort darstellt, wo sie schon existiert.

Die ISF (Vermögenssteuer d.Ü.) wurde nicht wiederhergestellt.

Die CICE (Steuergutschriften für Unternehmen d.Ü.) werden aufrechterhalten trotz ihrer außerordentlich hohen Kosten.

### Vierter Punkt

Auf keine der Forderungen zur partizipativen Demokratie wurde eingegangen. Schöne Worte ja, Antworten nein.

### Fünfter Punkt

Das Budget, für uns als Parlamentarier ein wichtiger Punkt, wird durcheinandergebracht.

Es geht nun darum, mehr als zehn Milliarden Euro zusätzlich im Staatsbudget zu finden [3] Der Premierminister hat schon angekündigt, dass es auf zusätzliche Ersparnisse hinausläuft, das heißt also nicht mehr öffentliche Dienstleistungen, wie gefordert wurde, sondern weniger(...)

Man muss wählen. Soll eine Politik fortgesetzt werden, die darauf zählt, dass die Reichen denen die weniger haben Sand in die Augen streuen oder machen wir ein Budget, das ausgeht von den bekannten Bedürfnissen des Volkes und der Notwendigkeit ökologischer Investitionen? (...)

Ich glaube, dass der nächste Samstag, der Akt 5, ein Tag großer Mobilisation sein wird, wenn die Aktiven es entscheiden.

### Quellen und Anmerkungen:

[1] [https://www.youtube.com/watch?v=\\_Mo1u\\_z7IMk](https://www.youtube.com/watch?v=_Mo1u_z7IMk)

[2] Die Solidarbeitrag-Steuer CSG (contribution sociale généralisée) wird seit 1991 stetig steigend erhoben. Sie ist hinter der Mehrwertsteuer noch vor der Einkommens- und Unternehmenssteuer der höchste Steuerbeitrag. Die Regierung Macron schaffte 2017/18 die Sozialversicherungsbeiträge für die Lohnabhängigen ab als „Beitrag für die Kaufkraft“. Damit zerstörte sie das paritätische Gefüge mit allen daraus entstehenden Rechten. Stattdessen erhöht sie den CSG wesentlich und führte ihn auch für Rentner ein.

[3] Die Regierung hat zehn Milliarden veranschlagt, um die Maßnahmen zur Ruhigstellung der Gelben Westen zu finanzieren.



# DIE BEWEGUNG DER GELBWESTEN: WAS LEHRT SIE UNS?

Die Bewegung der Gelbwesten scheint aus dem Nichts gekommen zu sein. Und niemand kann heute sagen, ob sie eine Zukunft hat. Zerfällt sie wieder, nachdem sie ihre wichtigsten Ziele erreicht hat? Oder sehen wir hier den Beginn einer Bewegung, die sich organisieren und womöglich zu einer Partei werden wird? Schon jetzt steht fest: Die Gelbwesten haben es im Unterschied zu den Gewerkschaften und den linken Parteien geschafft, der Regierung Zugeständnisse abzurufen. Der Nimbus Macrons, des angeblichen Erneuerers Frankreichs, hat erheblichen Schaden genommen, auch im Ausland.

## Die Gelbwesten – rechts oder links?

Wer aber sind die Protestierenden, die sich die gelben Warnwesten überziehen? „Es handelt sich eher um die ‘untere Mittelklasse’, die hier auf die Straße geht.



Diese Bevölkerungsschicht lebt nicht von staatlichen Einkommenstransfers, aber ihr Einkommen hat sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise am meisten verschlechtert.“[1] Unklarheit besteht über die politische Ausrichtung der Bewegung. Politik und Medien hatten sie gleich zu Beginn als von Rechtskräften gesteuert dargestellt. Auch DGB-Chef Reiner Hoffmann und der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, sahen es so. Diese Bewertung erwies sich jedoch als nicht haltbar: „Von ihrer politischen Orientierung fällt auf, dass sich rund ein

Drittel nicht einem Rechts-Links-Schema zuordnen möchte. Die verbleibenden zwei Drittel ordnen sich eher dem linken als dem rechten Spektrum zu.“[2]

## Eine verfehlte Umwelt- und Verkehrspolitik der Kulturlinken

Um die Proteste verstehen zu können, sollte man auf deren Anlass blicken. Den Zorn löste die geplante Erhöhung der Diesel- und Mineralölsteuern aus. Die Verteuerung von Kraftstoff ist eine Forderung der ökologischen Linken. Der aus dem Umfeld der Sozialistischen Partei kommende Macron griff sie auf. Autofahren soll dadurch weniger attraktiv werden und zugleich will man zusätzliche Finanzquellen erschließen. Dass mit dieser Steuererhöhung ausgerechnet die Streichung der Vermögenssteuer kompensiert werden sollte, brachte das Fass zum Überlaufen.

Auch in Deutschland sorgen ökologisch begründete Forderungen nach höheren Kraftstoffpreisen für Streit. Bereits im Mai 1998 hatten Bündnis90/Die Grünen beschlossen, den Benzinpreis schrittweise auf 5 DM anzuheben. Zwar verschwand diese Forderung damals wieder in der Ablage, als die Grünen Regierungspartei wurden, doch die Richtung war damit vorgegeben: Die Umwelt- und Klimaretter soll durch ein verändertes Konsumverhalten erreicht werden. Und das Mittel dafür ist der Preis. Für den Verkehr bedeutet das: Erhöhung der Mineralölsteuern sowie die Einführung von Maut- und Parkgebühren. So soll der Anreiz erhöht werden, mehr das Fahrrad zu benutzen, häufiger zu Fuß zu gehen bzw. auf den Öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Doch die verlangte Verhaltensänderung ist nur in den großen Städten und hier auch nur in deren City machbar. Für die Masse der

Bevölkerung, die in den Außenbezirken der großen Städte oder auf dem Lande lebt, wo die Mieten für sie noch bezahlbar sind, sind das keine Alternativen. Sie bleiben auf das Auto angewiesen.

Und wie im Verkehr so ist es auch auf anderen Gebieten des Klima- und Umweltschutzes – statt mit Hilfe von Gesetzen, die die Industrie als Verursacher der Schäden mit Verboten und Auflagen belegen, werden die Kosten der Allgemeinheit auferlegt, sie werden sozialisiert. Statt die Automobilindustrie zu zwingen Diesel-PKWs nachzurüsten, sollen die Betroffenen neue, „saubere“ Autos kaufen, sonst drohen ihnen Fahrverbote. Der Verschwendung von Heizungsenergie soll durch Dämmung der Häuser begegnet werden, die selbstverständlich von den Mietern zu bezahlen ist. Und die Kosten für die Energiewende wurden von Beginn an allen Nutzern über einen höheren Strompreis auferlegt. Für die bereits von niedrigen Löhnen, unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten und steigenden Mieten Gebeutelten kommen die ihnen abverlangten Zahlungen für den Klima- und Umweltschutz noch oben drauf.

Die sozial besser Gestellten stören sich an diesen Zusatzkosten kaum. Verbittern muss aber, dass ausgerechnet sie den Armen gern Wasser predigen, selber aber Wein trinken, sind doch ihre Wohnungen deutlich größer als der Durchschnitt und kommt oft noch eine Ferienwohnung hinzu. Sie fahren zwar gern Fahrrad, haben aber weiterhin ein Auto, nicht selten einen benzinschluckenden SUV. Den spritsparenden Kleinwagen nutzt die Ehefrau. Und selbstverständlich verzichtet man dort auch nicht auf Fernreisen. Und so ist kein „ökologischer Fußabdruck“ größer als ihrer. Diejenigen, die den Schutz des Klimas und der Umwelt am lautesten fordern, tragen daher am meisten zu deren Zerstörung bei.

In Frankreich haben die Gelbwesten diesen Widerspruch ans Licht gebracht: „Denken die einen an das Ende der Welt, so wissen wir nicht, wie wir bis zum Ende des Monats kommen sollen.“ Die Proteste sind daher auch Ausdruck einer gesellschaftlichen Spaltung: Hier die sozial Ausgepowerten, die meist am Rande der großen Städte oder auf dem Lande leben,

dort eine großstädtische Kulturlinke[3], die einem kosmopolitischen Lebensstil frönt.

In Deutschland ist die Partei DIE LINKE, zumindest in ihrer Mehrheit, längst Teil dieser Kulturlinken. In ihrer Verkehrspolitik fordert sie, wie auch die Grünen, wohl vehement die Verkehrswende - verlangt wird die Verlagerung der Investitionsmittel weg vom Auto hin zu ökologisch verträglicheren Verkehrsträgern. Dort aber, wo - wie in Berlin - SPD, Linke und Grüne gemeinsam regieren, ist davon wenig zu spüren. Man setzt auf den Ausbau des Radwegenetzes, das ist jedoch nur etwas für Innenstadtbewohner, denn die Entfernungen von der City in die großen Wohnquartiere in den Außenbezirken sind für Radfahrer viel zu groß. In der Innenstadt konzentrieren sich aber die Wähler von Grünen und Linkspartei, und das sind genau jene urbanen Mittelschichten, bei denen Radfahren heute schick ist. Zwar verfolgt man im Berliner Senat zugleich den Ausbau des Straßenbahnnetzes, doch geplant sind nur wenige neue Kilometer, und dies allein in der Innenstadt. Vom dringend notwendigen Bau von U-Bahn-Strecken ist in der Rot-Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung von 2016 hingegen nicht die Rede. Selbst seit Jahrzehnten bestehende Lücken im Netz sollen nicht geschlossen werden, und für die Wohnquartiere in den Vororten ist schon gar kein U-Bahn-Anschluss vorgesehen. Für deren Bewohner bleibt das Auto alternativlos. In anderen Städten Deutschlands dürfte es ähnlich sein. Die Verkehrspolitik von Grünen und LINKEN bedient vor allem die eigene Klientel. In Deutschland wie in Frankreich wäre aber stattdessen ein Vorgehen dringend notwendig, das auf breite Zustimmung baut, statt mit hohen Kosten für Energie und Transport vor allem die armen Haushalte zu belasten.

### Eine neue, soziale Linke macht sich bemerkbar

In Reportagen über die Gelbwesten ist das Erstaunen groß, dass mit ihnen Menschen sichtbar werden, die man vorher nie meinte gesehen zu haben, schon gar nicht in Paris. Der Aufruhr kommt vor allem aus den abgehängten Landregionen, aus den vergessenen Dörfern und Städten, die unter Deindustrialisierung und Abwanderung leiden. Wer denkt da nicht an Brechts Moritat von Mackie Messer: „Und man siehet die im Lichte. Die im Dunkeln sieht man nicht“? Für

einen historischen Moment sind nun die „im Dunkeln“, die Plebejer, ins Licht und dabei den Herrschenden auf die Füße getreten. Es ist eine neue, soziale Linke, die sich hier lautstark zu Wort meldet. Gemeinsam mit den Gewerkschaften könnte sie in Frankreich in der Lage sein, die Hegemonie der Kulturlinken infrage zu stellen.

Erkennbar wurde zugleich, wie dünn die Legitimationsbasis der Regierung Macron in Wirklichkeit ist. Zwar wurde



er im zweiten Wahlgang mit 66,1 Prozent zum Staatspräsidenten gewählt, doch das „beruhte auf einer optischen Täuschung: Der Nichtwähleranteil betrug (...) 57 Prozent, und die 314 Mandate für Macrons Bewegung *La République en Marche* (LRM) in der Nationalversammlung sind einzig dem Mehrheitswahlrecht zu verdanken, der die stärkste Partei über alle Maßen bevorzugt. Bezieht man die Zahl der Macron-Wähler bei der Abstimmung über die Präsidentschaft allein auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten, lag Macrons Anteil unter 15 Prozent - also auf einem dürftigen Legitimationsniveau.“[4]

Die Gelbwesten kritisieren die Mängel dieses Repräsentationssystems vehement: „Gefordert wird nach Schweizer Vorbild die Ausweitung von Möglichkeiten für Volksinitiativen 'Référendum d'initiative citoyenne' (RIC) und Volksabstimmungen ab 700.000 Unterstützer, darüber hinaus sollen die Gehälter der politischen Repräsentanten auf den Medianverdienst begrenzt werden, was eine deutliche Kürzung der Bezüge auf rund 1.800 Euro netto bedeuten

würde.“[5] Die Gelbwesten liegen damit auf einer Linie mit dem Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon. Er hatte bereits im Präsidentschaftswahlkampf die grundlegende Demokratisierung des politischen Systems des Landes gefordert. Ziel ist die Ablösung der gegenwärtigen 5. durch eine 6. Republik.

In Deutschland existiert zwar weder ein Präsidialsystem noch kommt das Mehrheitswahlrecht zur Anwendung. Aber auch hier bröckelt die Legitima-

tionsbasis für die herrschende Politik. CDU, CSU und SPD werden immer schwächer - vor allem die Sozialdemokratie erlebt einen beispiellosen Niedergang. Und so wächst die Unzufriedenheit mit dem System der politischen Repräsentation. Die Entstehung der Sammlungsbewegung Aufstehen ist dafür ein Symptom. Um aber erfolgreich zu sein, muss sich die Sammlungsbewegung von der Kulturlinken absetzen und stattdessen die Bedürfnisse der bei uns noch weitgehend unsichtbaren sozialen Linken in den Mittelpunkt stellen.

#### Quellen und Anmerkungen:

[1] Armin Dudin, 'Gelbwesten' in Frankreich - Fortschritt oder Rückschritt? In: Blickpunkt WiSo vom 10.01.2019, <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/gelbwesten-in-frankreich-fortschritt-oder-rueckschritt--2278.html>

[2] Ebenda

[3] Zur Politik der Kulturlinken vgl. Hans-Jürgen Bandelt, Die Kultur-Linke und ihr Problem mit Grenzen, pad-Verlag, 2018

[4] Rudolf Walther, Effizient nachgeben, in: Der Freitag, Nr. 50 vom 13.12.2018, S.6

[5] Armin Dudin, 'Gelbwesten' in Frankreich - Fortschritt oder Rückschritt? a.a.O.

# SOLIDARITÄT MIT DEN GELBWESTEN – SPRECHEN WIR FRANZÖSISCH MIT MERKEL UND EU

In diesen Tagen erlebt Europa eine Massenbewegung in Frankreich, die „gilets jaunes“ (Gelbwesten). Ihr Widerstand richtete sich zunächst gegen die Erhöhung der Diesel- und Benzinsteuer, die vor allem Pendler in ländlichen Regionen trifft. Doch längst hat dieser Widerstand eine neue Ebene erreicht. Die Gelbwesten erheben Forderungen, die auf die Abwehr des neoliberalen Angriffs auf die Lebensverhältnisse der französischen Lohnabhängigen und breite Bevölkerungsteile abzielt. Es geht um die Erhöhung von

der „westlichen Wertegemeinschaft“ nichts anderes verbirgt als die nackte Reaktion.

Aber das alles ändert nichts daran: Die Gelbwesten bleiben stabil. Und selbst wenn es den Herrschenden in Frankreich gelingen sollte, die Proteste zu zerschlagen: Die „gilets jaunes“ sind zum Symbol für den Widerstand der Völker in Europa geworden.

Die deutsche Monopolpresse lügt, wenn sie die Gelbwesten als eine Gefahr für die Demokratie verleumdet,

Der Widerstand gegen das EU-Europa der Monopole – seien es die Gelbwesten in Frankreich oder der vom englischen Volk erzwungene EU-Austritt Großbritanniens – sind gleichzeitig Teil eines Kampfes gegen imperialistische NATO-Staaten unter Führung des US-Imperialismus. Denn zur Aufrechterhaltung und Verteidigung des imperialistischen Weltsystems ist die EU von strategischer Bedeutung. In diesem Sinne ist der Kampf der Gelbwesten objektiv – egal wie unausgereift



Renten und Mindestlöhnen; es geht um die Bekämpfung von Fluchtursachen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit; es geht um die Rücknahme von Privatisierungen und Eingriffe in die Verfügungsgewalt über die Betriebe.

Die Regierung unter Macron versuchte und versucht diese Gelbwesten-Bewegung zu zerschlagen. Die französische Regierung ignorierte die Proteste; die französische Regierung diffamerte die Proteste; die französische Regierung versuchte, die Gelbwesten durch Zugeständnisse zu spalten; und sie hetzte die Polizei auf die Gelbwesten. Die ungeheure Brutalität, mit der die Polizeikräfte vorgegangen sind, beweist, dass sich hinter der demokratischen Maske

und macht sich zum Komplizen des Macron-Regimes. Der Kampf des französischen Volkes ist ein demokratischer Kampf, der nur für eine Minderheit in Frankreich eine Gefahr darstellt: für die Superreichen, das Kapital. Dieser Kampf richtet sich gleichzeitig gegen die Europäische Union der Banken und Konzerne – ein Instrument zur forcierten Ausbeutung und Aggression gegen alle Völker und Staaten, die den ungehinderten Zugriff der Monopole auf Rohstoffe, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte behindern. Dieser Kampf richtet sich also in der Konsequenz auch gegen die Superreichen und ihre Banken und Konzerne in Deutschland, deren Instrument die EU ist.

einzelne Forderungen sein mögen – zutiefst humanistisch, antiimperialistisch und internationalistisch.

Deswegen sagen die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten: Solidarität mit den Gelbwesten – sprechen wir französisch mit Merkel und EU!

Als Zeichen der internationalen Solidarität wird die DKP mit ihrem Demo-Block am 13. Januar 2019 auf der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in gelben Signalwesten auftreten. Wir rufen alle Demonstrantinnen und Demonstranten auf, unserem Beispiel zu folgen!

#### Quellen und Anmerkungen:

<http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2018/12/solidaritaet-mit-den-gelbwesten-sprechen-wir-franzoesisch-mit-merkel-und-eu/>

*Nachfolgend geben wir das Referat von Stephan Müller, das er auf der Tagung des Parteivorstands der DKP am 26. Januar 2019 gehalten hat, nach dem Manuskript des Verfassers wieder.*

*Ausgehend von den zwischenimperialistischen Widersprüchen zeichnet der Verfasser den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus nach 1945 und die Rolle der EU dabei nach. Das Referat von Müller betrachten wir als einen wichtigen Beitrag zur „Hauptfeinddebatte“, die wir mit der letzten Ausgabe aufgenommen haben. Müller analysiert die Triebkräfte des militärischen Weltmachtstrebens des deutschen Imperialismus, bei anhaltender militärischer Dominanz des US-Imperialismus, ebenso wie die nationalen und internationalen Gegenkräfte.*

Stephan Müller

## DIE EU, EIN IMPERIALISTISCHES INSTRUMENT

Ich werde versuchen aufzuzeigen, dass unsere Bezeichnung der EU als imperialistisches Instrument nicht eine beliebige Meinung im politischen Meinungsstreit ist. Die Bestimmung der EU als imperialistisches Instrument lässt sich herleiten aus dem historischen Prozess der Klassenkämpfe, in denen sie entstanden ist. Dabei werde ich mich konzentrieren auf die Triebkräfte in den USA, in Frankreich und in Deutschland, die im Wesentlichen die Entwicklung der EU bestimmt haben.

Diese Triebkräfte, die zur heutigen Kräfteaufstellung führten, zeigen sich deutlich im Entwicklungsprozess des geschlagenen deutschen Imperialismus vom 8. Mai 1945 zur führenden imperialistischen Großmacht in der EU.

### Warum konnte der deutsche Imperialismus wieder hochkommen?

Nach 1945 stellte sich für die deutsche Monopolbourgeoisie die Frage des Überlebens. Zum zweiten Mal war sie im Kampf um die Neuaufteilung der Welt geschlagen worden. Mit schwachen Bündnispartnern war der deutsche Imperialismus von einer unvorhergesehenen Koalition der stärksten imperialistischen Großmächte und der unterschätzten Sowjetmacht niedergedrungen worden. Der deutsche Imperialismus hatte anders als 1918 jegliche Staatsmacht verloren. In Potsdam einigten sich die siegreichen Imperialisten mit der Sowjetunion darauf, Deutschland zu demilitarisieren und die Monopole zu zerschlagen. Die Zustimmung der imperialistischen Sieger zum Potsdamer Vertrag war nicht etwa der Einsicht entsprungen, dass die Vorschläge der sowjetischen Delegation

sinnvoll waren. Die US-, aber auch die britischen und französischen Imperialisten wollten diese Verträge, um die Fehler von 1918 nicht zu wiederholen, die dem geschlagenen deutschen Imperialismus den zweiten Anlauf zur Weltmacht erlaubten. Diejenigen Kräfte im Lager der Imperialisten, die wie vor 1939 dazu drängten, Deutschland gegen die SU wieder zu bewaffnen, konnten sich in Potsdam noch nicht durchsetzen.

Die USA waren 1945 wirtschaftlich, politisch und militärisch in der kapitalistischen Welt dominierend geworden, zum einen mit dem US-Dollar, dessen Wert sie mit dem Abkommen von Bretton Woods kontrollierten und zum anderen mit der US-Army und ihren Geheimdiensten. Es war es aber nicht gelungen, die Sowjetunion, den Sozialismus als Staatsmacht, auszulöschen. Die Konkurrenz der Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt, getrieben durch den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus nach 1918, war stärker gewesen als das gemeinsame Interesse, die SU zu vernichten. Der vom deutschen Imperialismus angezettelte 2. Weltkrieg hatte die SU geschwächt, hatte sie aber zum siegreichen Vorkämpfer aller um ihre Befreiung kämpfenden Völker gemacht. Revolution und nationaler Befreiungskampf breiteten sich nach 1945 aus wie ein Flächenbrand: Es lässt sich kaum ein Land finden, in dem sich damals nicht Volksfronten zur Abwehr der faschistischen Aggression gebildet hatten, wie sie der VII. Weltkongress der KI gefordert hatte, und die nun den Kampf weiterführten um Sozialismus und Unabhängigkeit.

Der US-Imperialismus stand in seiner Stärke 1945 deshalb in einem Widerspruch zweier strategischer Teilziele:

Erstens, den überlebenden und sich

weltweit ausbreitenden Sozialismus unter Führung der SU eindämmen, zurückdrängen und schließlich vernichten. Dieses erste Ziel war das gemeinsame Interesse aller kapitalistischen Mächte.

Das zweite strategische Ziel des US-Imperialismus 1945 war es, die Hegemonie über die anderen imperialistischen Großmächte aufrecht zu erhalten und deren Einflussphären zu übernehmen. Das stand natürlich im Widerspruch zum Interesse der Nicht-US-Imperialisten.

Die deutsche Monopolbourgeoisie hatte diesen Zielkonflikt der USA bereits 1944 erkannt und genutzt. Gehlen und Heusinger, die Planungschefs für den Überfall auf die SU und ihre Kameraden dienten sich der US-Army ebenso planvoll an wie die Leute aus den Kommandohöhen der Kriegswirtschaft. Erhard, Blessing und Abs waren die bekanntesten Namen, die sich den US-Siegern nützlich machten mit dem Ziel, bald wieder auf eigene Rechnung zu arbeiten. Hier zeigt sich der untrennbare Zusammenhang des Klassenkampfes auf nationaler und internationaler Ebene: Auf der nationalen Ebene, wo sich die geschlagene deutsche Monopolbourgeoisie dem US-Kapital als Büttel andiente zur Niederhaltung der Gewerkschafts- und damit Sozialisierungsbewegung und gleichzeitig auf der internationalen Ebene, wo sich dieselbe Monopolbourgeoisie mit den reaktionärsten und aggressivsten Kräften des US-Imperialismus verbündete, um mit der Einführung der D-Mark Deutschland zu spalten und eine Basis für die Remilitarisierung zu schaffen. Der Zielkonflikt der USA schien zunächst keine großen Widersprüchlichkeiten zu entwickeln. Die Monopolherren aller Länder waren nur allzu gern bereit, sich vom US-Imperialismus gegen ihr eigenes Volk ein-

spannen zu lassen im „Kampf gegen den Weltkommunismus“. Aber schon im Korea-Krieg 1950 konnten die beim US-Imperialismus untergeschlüpfen deutschen Imperialisten den Widerspruch nutzen, um den Potsdamer Vertrag zu sprengen. Damit sind wir auch schon beim ersten Vorläufer der EU, der, wie wir sehen werden, bereits wesentliche Charakterzüge des imperialistischen Europaprojekts zeigen wird.

## Die Montanunion

Der Koreakrieg, den die USA mit Blick auf China 1950 – 1953 führten und mit massiver Materialüberlegenheit gewinnen wollten, löste in den USA einen ungeheuren Rüstungsbedarf aus. Die US-Militärverwaltung beendete deshalb erst unter der Hand, dann offiziell die „Potsdamer“ Beschränkung der westdeutschen Stahlproduktion. Dem „Wirtschaftswunder“ waren damit die Schleusen geöffnet, die Produktionskapazität vom Mai 1945 war ja vorhanden und größer als 1936. Potsdam war Vergangenheit, die deutsche Monopolbourgeoisie durfte wenigstens in Westdeutschland in der neugeschaffenen BRD unter Aufsicht der USA wieder Macht ausüben. Der französische Imperialismus wurde 1951 auf Druck des US-Imperialismus über die Montanunion in die Auflösung der Potsdamer Beschränkung der deutschen Stahlproduktion eingebunden. In der Montanunion erhielten die späteren EWG-Gründer BRD, Frankreich, Italien, sowie Belgien, die Niederlande und Luxemburg eine Freihandelszone mit gemeinsamen Regeln, die von einer gemeinsamen Behörde festgelegt wurden. Ihr offizieller Name ist übrigens Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS. Die französischen Imperialisten, die kein Interesse hatten, auf den Potsdamer Vertrag zu verzichten, wurden von den USA mit der politischen Leitung der Montanunion geködert, aber auch mit Kreditzug für den Wiederaufbau bedroht. In der BRD war in der Arbeiterbewegung durchaus bekannt, was es bedeutete, den Potsdamer Vertrag zu sprengen. Deshalb wurden rechte SPD und DGB Funktionäre eingebunden mit außerordentlich gut dotierten Posten in den Gremien der Montanunion, das Monatsgehalt entsprach dem Jahresgehalt eines Stahlarbeiters.

Der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sollte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG zur deutschen Wiederbewaffnung auf dem

Fuß folgen. Das wurde aber trotz enormem US-Druck 1954 im französischen Parlament gestoppt, wo sich zu viele bürgerliche Kräfte an die Vorgeschichte von Potsdam erinnerten und mit der starken und volksfronterfahrenen kommunistischen Partei dagegen stimmten. So mussten die USA dem westdeutschen Staatsgebilde BRD eine Teilsouveränität zugestehen, um es in die US-gesteuerte NATO aufzunehmen. Die Bewegung gegen die Remilitarisierung reichte in Westdeutschland wie in Frankreich ebenfalls bis weit in bürgerliche Kreise hinein. Ihr Rückgrat hatte sie in der Arbeiterbewegung, wo den schwankenden Reformisten aus der SPD standfeste Kämpfer aus KPD und FDJ zur Seite standen. Gegen kämpfende Kräfte wie die streikenden bayerischen Metallarbeiter, die lautstark mehr Lohn statt Rüstung forderten ging Adenauer BRD-Staat in äußerster Härte vor, der Staatsterror gegen KPD und FDJ ist bekannt. Gleichzeitig stärkte Adenauer die SPD-Reformisten durch sein Rentengesetz, das er gegen den BDI durchsetzte. 1952 würgte er die Diskussion ab um das Wiedervereinigungsangebot der SU à la Österreich auf Basis des Potsdamer Vertrags, bekannt als „Stalin Note“. Adenauer orientierte auf einen Tag X der Wiedervereinigung in monopolkapitalistischer „Freedom and Democracy“. Trotz durchaus effizienter Bündnisarbeit der Kräfte um Gehlen und Heusinger in US-Army und CIA fiel die Entscheidung der USA dann am Tag X, dem 17. Juni 1953 dagegen aus, sich in einen Krieg um Deutschland ziehen zu lassen. Da haben Korea und die inzwischen atombewaffnete SU an der Seite der deutschen Friedensbewegung gekämpft. Die BRD setzte dann bis 1961 auf „Ausbluten“ der DDR durch Abwerbung von Fachkräften, was der BRD nach Schätzung bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler etwa 20mal so viel einbrachte wie der Marshallplan. Auch 1956 in Ungarn und 1961 in Kuba und Berlin konnten sich die Kriegstreiber in Deutschland und USA nicht durchsetzen. Das ist der Hintergrund, der den deutschen Imperialismus an die Seite de Gaulles brachte, wir kommen zur EWG und EG.

## EWG und EG

Hatte 1950 der deutsche Imperialismus den US-Zielkonflikt zwischen imperialistischer Konkurrenz und Zurückdrängen der Revolution genutzt, so war es ein paar Jahre später ein Zielkonflikt des französischen Imperialismus, den man gegen die USA nutzte.

In der französischen Finanzoligarchie überwog das Interesse, die Dominanz der USA abzuschütteln den Antikommunismus. 1956 in der Suez-Krise hatten die USA den Briten und Franzosen klargemacht, dass sie als Atommacht Weltpolitik allein mit der Atommacht SU entscheiden. Die USA hatten von Frankreich 1954 die Hegemonie in Indochina übernommen, nachdem Frankreich das Geld für die Finanzierung des Kolonialkriegs ausgegangen war. 1957/58 steckte Frankreich wieder in einer Finanzkrise wegen des Algerienkriegs. Der französische Imperialismus stand nun vor dem Problem, den enormen Finanzaufwand der Atom- und Wasserstoffbombenentwicklung stemmen zu müssen, wenn er Weltmacht bleiben wollte. Also wurde die Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1957/58 mit den Verträgen von Rom um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, und wohlgermerkt auch um die Europäische Atomgemeinschaft EAG, kurz Euratom, erweitert. Die USA waren natürlich an der Atomrüstung Frankreichs im Verbund mit der BRD nicht interessiert. Sie verhängten deshalb später auch ein Computer-Embargo gegen Frankreich, um die Entwicklung der französischen Wasserstoffbombe zu bremsen.

Für das Vertragstrio Montanunion, EWG und Euratom bildete sich der Sprachgebrauch EG, Europäische Gemeinschaften heraus, die Verträge wurden 1965/67 offiziell zur EG fusioniert. Daneben bestand bereits seit 1954 in und neben der NATO, wenig beachtet, die Westeuropäische Verteidigungsunion, die 1993 von der sog. GASP, der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik im Vertrag von Maastricht abgelöst wurde und 2001 von der GSVP, der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vertrag von Nizza und schließlich 2007 von dem Militärpakt in den Lissabon-Verträgen. Die Militärverträge seit der WEU sind im staatsrechtlichen Graubereich eingerichtet, d.h. mit noch weniger parlamentarischer Kontrolle irgendwo zwischen EU und NATO. Dazu später noch eine Bemerkung.

Zurück zur EWG: Wir betrachten die gesellschaftlichen Triebkräfte beim dritten Anlauf des deutschen Imperialismus zur Weltmacht in ihrem Gesamtzusammenhang:

- zwischen nationalem und internationalem Klassenkampf
- und in imperialistischer Kooperation und Konkurrenz vor allem mit den USA und Frankreich

- konkret in der NATO und den Europäischen Gemeinschaften.

1961 war die BRD die stärkste und am schnellsten wachsende ökonomische Macht in Europa. Das Finanzkapital, Großbanken und die Industriemonopole waren wiederhergestellt. Die im Wesentlichen unveränderte Finanzoligarchie übte die Herrschaft in der BRD als noch weitgehend abhängiger Juniorpartner der USA aus.

1963 verstärkte das Deutschland Adenauers die Kooperation mit dem Frankreich de Gaulles, das Algerien schließlich gegen den Willen der USA als Kolonie aufgegeben hatte. Mit dem Elysée-Vertrag wurde die Struktur der festen Regierungszusammenarbeit mit regelmäßigen Treffen auf Minister- und Kabinetts-Ebene geschaffen. 1965 fing Frankreich an, seine Goldreserven aus den USA zurückzuziehen, 1966 trat es aus der Kommandostruktur der NATO aus. Das NATO-Hauptquartier zog nach Brüssel. De Gaulles Vorschlag, die EG zu einer Verteidigungsunion auszubauen, alternativ zur NATO, das nämlich steckte hinter seinem Schlagwort des „Europa der Vaterländer“, wurde aber von den USA ausgebremst: Frankreich konterte in der EWG mit der „Politik des leeren Stuhls“, das heißt, an Sitzungen, die nicht ihrer Agenda entsprachen, nahmen die Franzosen lange nicht mehr teil.

Der Einfluss des US-Imperialismus in Frankreich, der BRD und Britannien war 1973 schließlich stark genug, um den britischen Eintritt in die EWG durchzusetzen.

Auf der anderen Seite des Globus war der Krieg gegen die Wiedervereinigung und Unabhängigkeit Vietnams, den die USA vom französischen Imperialismus übernommen hatten, wieder heiß geworden. Die USA verschuldeten sich dadurch zunehmend. Die BRD steigerte wieder die Exporte in die USA. 1973 mussten die USA das Währungssystem von Bretton Woods und damit die Kontrolle über den Kurs des US-Dollars aufgeben. Die nach der Wiederaufbauphase zurückgekehrten zyklischen Wirtschaftskrisen brachten in der BRD 1966 ½ Million Arbeitslose, 1973 schon 1 Million. Die Krisenhaftigkeit und eine wachsende Streikbewegung zusammen mit der Studenten- und Lehrlingsbewegung beunruhigte die deutsche Monopolbourgeoisie. Die suchte den Ausweg aus der Krise im Export, auch in Wirtschaftsbeziehungen mit dem RGW um gleichzeitig mit den USA „Wandel durch

Annäherung“ und Finanzwirtschaftskrieg zu planen. Im Inneren lockerte man das KPD-Verbot, schuf sich aber gegen erhebliche Widerstände im Volk die Notstandsgesetze, um auch ohne die USA gegen Aufstände vorgehen zu können. Gleichzeitig wurde Staatsnachfrage durch Aufrüstung geschaffen. 1970 beschlossen europäische NATO-Mitglieder zur „Entlastung“ der USA europäische Rüstungs- und Organisationsstrukturen innerhalb der NATO. Das europäische Kampfflugzeug Tornado griff das US-Flugzeugmonopol an, es flog erstmals 1974. In der BRD wurde in den 70er Jahren durch „keynesianische“ Staatsverschuldung zusätzlich 350 Mrd. DM Nachfrage geschaffen, davon gingen mindestens 250 Mrd. in die (konventionelle) Rüstung.

### **Das ist der Hintergrund, vor dem sich der Euro und die EU entwickelten.**

Helmut Schmidt und der französische Präsident Giscard beschlossen 1975 eine gemeinsame Währungspolitik, um vom US-Dollar unabhängiger zu werden. Das Europäische Währungssystem EWS ab 1979 war Vorläufer des Euro. Weder das EWS noch der Rüstungskyonesianismus konnte die nächste zyklische Krise 81/82 verhindern, sie brachte bereits 2 Mio. Arbeitslose.

Nach der Niederlage in Vietnam konsolidieren die USA mit der BRD an ihrer Seite ihre konterrevolutionäre Strategie mit Schwerpunkt Wirtschaftskrieg. Der wird 1980 in der Krise in Polen sichtbar und im Milliardenkredit von 1983 an die DDR. 1985 hoffte die KPdSU, mit dem neuen Generalsekretär Gorbatschow einen Ausweg aus der zunehmend krisenhaften Wirtschaftslage zu finden.

In Südeuropa verloren die USA die nach 1945 durchgesetzte Hegemonie mit dem Ende der faschistischen Regimes und dem Eintritt der Staaten in die EWG, die auf Basis der EG zur EU ausgebaut wurde: Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1986. Der Elysee-Vertrag, die deutsch-französische Struktur der Regierungszusammenarbeit, wurde von Mitterand und Kohl 1988 auf „Verteidigung“ ausgedehnt.

Nach dem Sieg der Konterrevolutionen 1989-1992 in der SU und den anderen sozialistischen Ländern Europas begann dort das Rennen um die Beute, d.h. um den Aufbau imperialistischer Einflussgebiete. Da schienen die USA zunächst zu gewinnen. Sie überließen dem deutschen Finanzkapital

die DDR und glaubten damit dessen Kräfte gebunden zu haben. Bereits mit dem Sturz Jelzins erlitten die USA aber einen Rückschlag. Trotz der mehr oder weniger offenen „Fuck the EU“-Aktionen wie in der Ukraine ist seitdem der Einfluss des EU-Kapitals unter Führung des deutschen Kapitals in den ehemaligen Staaten des RGW gestiegen. Das gleiche gilt auch für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien.

Mit den Verträgen von Maastricht und Lissabon war die EG ab 1993 zur EU, zur Militär- und Währungsunion geworden, die mit dem Euro auf Unabhängigkeit vom US-Dollar zielt. Der Euro zementierte die Hegemonie des deutschen und französischen Finanzkapitals in der EU, weil die gemeinsame Währung den kapitalmäßig schwächeren Staaten keine nationalen Abwertungen mehr erlaubt. Die Krise 1998/2001 mit 5 Mio. Arbeitslosen in der BRD konterte die die deutsche Monopolbourgeoisie mit der Agenda 2010, also innerer Abwertung durch Lohnsenkung. Möglich war das durch den Einsatz der rechten Sozialdemokratie und ihrem Einfluss in den Gewerkschaften. Der innere Widerstand gegen die Agenda scheiterte an der Desorientierung der marxistischen Arbeiterbewegung nach der Konterrevolution von 1989. Die französische Finanzoligarchie ist seither bestrebt, den Lohnkostenvorsprung der deutschen Konkurrenten durch „Reformen“ gegen die eigene Arbeiterklasse einzuholen.

Die USA kämpften nach 2001 mit dem „Krieg gegen den Terror“ darum, ihre weltweite Hegemonie auch auf dem Feld der Technologie mit Rüstungsinvestitionen und weltweiten Kriegen aufrecht zu erhalten. Die dadurch verstärkten Widersprüche zwischen Frankreich, Britannien, den USA und Russland und China nutzte der deutsche Imperialismus um eine zunehmend selbstständige Rolle zu spielen.

Nach 1989 zeigte sich, dass die weltweite Deregulierungsoffensive der USA der Nach-Vietnam-Ära sich keineswegs nur gegen die RGW-Staaten gerichtet hatte, sondern auch der Aufrechterhaltung der US-Hegemonie auf den Finanzmärkten diente. Die Militärausgaben des „Kriegs gegen den Terror“ wurden gedeckt durch die Politik des „billigen Gelds“ der US-Zentralbank und halfen dem US-Finanzkapital aus der 1998 beginnenden Weltfinanzkrise, die 2007 in die noch anhaltende Weltwirtschaftskrise übergang.

Die BRD konnte, nach Einverleibung der DDR größer und nach Lohnkostensenkung durch die Agenda kapitalstärker geworden, als stärkste wirtschaftliche Macht die Krisenpolitik in der EU diktieren. Das

wurde sichtbar in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 2010, als Sarkozy sich Merkel unterwerfen musste, um in der Griechenlandkrise die französischen Großbanken zu retten. Die deutsche Finanzoligarchie hatte nach der wirtschaftlichen jetzt auch die politische Führung in der EU. 75 Jahre nach ihrer blutigen Niederlage konnte der deutsche Imperialismus nun auch wieder die Frage nach der militärischen Weltmachtposition stellen. Unter den deutschen Oligarchen besteht aber keine Einigkeit, wie weit die Konkurrenz zum US-Imperialismus offen gezeigt werden kann und wie viel der französischen Finanzoligarchie zugestanden werden soll, damit sie diesmal friedlich an die Seite der BRD rückt. Bei Angriffen auf den US-Markt haben führende Industriemonopole wie Daimler mit Chrysler, Siemens und VW, aber auch die Deutsche Bank und der Allianz-Konzern ihre Grenzen und die ihrer Staatsmacht aufgezeigt bekommen. Nachdem Bundespräsident Köhler den militärischen Weltmachtanspruch offen geäußert hatte, musste er 2010 zurücktreten. Seine Nachfolger Gauck und Steinmeier formulierten den militärischen Weltmachtanspruch der BRD aber weiter, ohne die Ordnungsrufe der USA aus dem Auge zu verlieren. Im alten Aufrüstungslied singen sie einmal die Strophe „man kann sich auf die Amis nicht mehr verlassen“, dann wieder „wir müssen unsere Freunde entlasten“. Im Zweifel gilt immer die bewährte deutsche Aufrüstungsbegründung „zur Unterstützung der USA“ gegen Russland. Weltkriegsgefahr wird dabei von der deutschen Finanzoligarchie billigend in Kauf genommen.

### **Was zeigt der Entwicklungsprozess der Staatsmacht der deutschen Finanzoligarchie seit 1945?**

Die zahlenmäßig winzige deutsche Finanzoligarchie, vielleicht 100 Familienclans mit ihrem Hofstaat, übt die Herrschaft im Staat BRD in lange gewachsenen Abhängigkeiten nach Innen und Außen aus. Nach 1945 ist der deutsche Imperialismus aus der Dominanz des US-Imperialismus zunehmend herausgewachsen vor allem in Verbindung mit der Rüstung gegen die Sowjetunion, aber wesentlich auch mit Rückgriff auf die Widersprüche des französischen Imperialismus zum US-Imperialismus. Die Fäden, die in diesem Entwicklungsprozess gesponnen wurden, bilden das Netzwerk der Macht, dessen Struktur Lenin im „Imperialismus...“ darstellt. Dieses Netzwerk spinnt sich im Inneren, wie

er im VII Kapitel ausführt, vor allem über den Sozialdemokratismus in die Arbeiterbewegung hinein, und verdeckt den Blick auf die Triebkräfte der Kriegsgefahr: Es ist der Zwang zur Neuaufteilung der Welt, der aus dem Missverhältnis entsteht zwischen der Entwicklung der Akkumulation und der Entwicklung der Einflussphären. Der Blick des deutschen Imperialismus ist genau auf dieses Missverhältnis gerichtet:

Er ist es, der aus diesem Missverhältnis heraus das größte objektive Interesse hat an der Störung des labilen Gleichgewichts zwischen den imperialistischen Großmächten durch Neuaufteilung der Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Einflussphären. Er kann deshalb mit Fug und Recht als aggressiver Kriegstreiber bezeichnet werden, auch wenn ihm gegenwärtig die militärischen Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen gegenüber dem heutigen Hauptaggressor in der Welt, den USA noch fehlen.

Lenin hat bekanntlich festgestellt: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus...sind die Vereinigten Staaten von Europa entwe-



der unmöglich oder reaktionär“. Er sollte auch hier Recht behalten: Je mehr die EU sich als Vereinigte Staaten aufstellt, desto reaktionärer zeigt sie sich. Sie dient als Instrument zur Aushebelung der von der Arbeiterklasse in den nationalen Klassenkämpfen erkämpften demokratischen und sozialen Rechte. Sie ist Instrument zur Unterdrückung der schwächeren Länder. Sie ist der Rahmen, in dem die stärksten imperialistischen europäischen Großmächte BRD und Frankreich ihre Kooperation und Konkurrenz austragen und sich bereits in zunehmender Rivalität zu den nach wie vor militärisch viel stärkeren USA aufstellen. Der aktuelle Weg der EU zur militärischen Großmacht ist in dem kürzlich von der IMI herausgegebenen Buch „Die Militarisierung der EU“ dokumentiert, in dem auch die Verzahnung von NATO und EU deutlich wird. Dem deutschen Imperialismus dient die EU vor allem zur Verschleierung seiner militärischen Großmachtpläne. Nach zwei gescheiterten Anläufen zur Weltmacht hat die deutsche Finanzoligarchie dazu ge-

lernt. Dazu Originalton von der Leyen vom 10. Januar: „Wie die Entstehungsgeschichte der heute allseits akzeptierten Errungenschaften EU-Binnenmarkt oder Freizügigkeit zeigt, erzielen wir wesentliche Fortschritte in Europa nicht im Hauruckverfahren. Sondern es braucht vertrauensbildende Zwischenschritte und Mitgliedstaaten, die entschlossen vorangehen. Auf dem Gebiet der Verteidigung ist Deutschland gemeinsam mit Frankreich Treiber in Europa“

### **Wird die BRD mit der EU die neue aggressive Weltmacht?**

Mit diesem Gesamtbild wäre die gegenwärtige Lage der EU einzuschätzen: Welche Kräfte machen sich in Frankreich und in der BRD für den Vorschlag von Emmanuel Macron stark zur gemeinsamen Beherrschung der EU als Weltmacht gegen die USA und China und welche Interessen stellen sich dagegen?

Aus der nach wie vor starken Kooperation der deutschen Imperialisten mit dem US-Imperialismus in EU und NATO entwickeln sich mit einer gewissen Notwendigkeit zunehmend die Elemente der Konkurrenz.

Dem militärischen Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus und der Gefahr, dass er sich ein drittes Mal zum Hauptaggressor in der Welt entwickelt, stellen sich aber zwei wesentliche Barrieren entgegen:

Erstens, das Interesse der anderen Imperialisten. Das Interesse der US-Imperialisten ist dabei immer wieder mit dem deutschen Kooperationsangebot unterlaufen worden, das mit dem Weltmachtstreben ebenfalls zunahm. Teile der französischen Monopolbourgeoisie setzen auf der anderen Seite weiter auf die EU-Kooperation zum Erhalt der eigenen Weltmachtposition, fordern aber mit der wachsenden Macht des deutschen Imperialismus zunehmend Absicherungen.

Die zweite Barriere vor dem Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus ist der nationale Klassenkampf: Das Volk hat kein Interesse am Krieg. Selbst die ungeheure Medienmacht der Finanzoligarchen hat keine subjektive Mehrheit für Aufrüstung geschaffen, weder in Deutschland, noch in den anderen Ländern. In Deutschland gibt es weder eine Mehrheit für Aufrüstung unter dem US-Mantel noch für eine EU-Militärweltmacht. Deshalb liegt dem deutschen Imperialismus so viel am Mythos vom Friedensprojekt Europa. Er braucht, hier sind wir wieder bei Lenin, den Opportunismus in der Arbeiterbewegung, um den Mythos aufrecht zu erhalten.

# FALSCH ALTERNATIVEN: #AUFSTEHEN UND #UNTEILBAR

Ganz unmittelbar ist dieser Beitrag eine Antwort auf den Artikel von Thomas Lurchi, Seta Radin und Johannes Magel.[1] Gleichzeitig ist es nicht mein Anliegen, mich wesentlich an diesem abzuarbeiten, obgleich einiges meinen Widerspruch erregt. Ich will vielmehr versuchen, auf die richtigerweise in dieser Auseinandersetzung aufgemachten Debatten Antworten zu geben. Dabei will ich nicht der Auseinandersetzung aus dem Weg gehen, sondern sie so produktiv wie möglich führen. Ausgangspunkt der derzeitigen Debatten ist immer wieder die Fragestellung, warum die AfD und andere rechte Parteien beginnen, sich in der Arbeiterklasse zu verankern, warum die Reaktion der Klasse auf die Kapitaloffensive in der Folge der Krise 2008 ff. mehrheitlich in rechte, und nicht in linke Gewässer führt. Daran anknüpfend stellt sich natürlich die Frage, was der Weg aus der Krise der Arbeiterbewegung ist.

In diesen beiden Fragen befinde ich mich mit Lurchi und seinen Mitautoren in großer Übereinstimmung. In den langen Jahrzehnten sozialpartnerschaftlicher Orientierung, mit dem Wegfall der sozialistischen Staatengemeinschaft und dem Rückgang der Verankerung der DKP in den Betrieben in den Jahren nach 1990 wurde der Arbeiterklasse das Kämpfen abgewöhnt. Wer aktuelle Streikauseinandersetzungen studiert, muss erkennen, dass es zum Teil sozialpartnerschaftliche Positionen sind, die von der Kapitaleseite unterschritten werden müssen, damit die Arbeiterklasse wenigstens in Teilen wieder das Kämpfen lernt.[2] Eine Wiederverankerung der Partei innerhalb der Arbeiterklasse ist die dringendste Aufgabe der Kommunisten.

## Antifaschistische Orientierung

Ich teile völlig, und finde es gerade angesichts in der innerhalb der Partei nicht bzw. nicht mit den Argumenten des wissenschaftlichen Sozialismus geführten Debatten um die antifaschistische Strategie außerordentlich wichtig zu betonen, dass es sich beim Rechtsruck um die ideologische Widerspiegelung der Kapitaloffensive handelt, dieser also

nicht von "den Rechten", sondern von den Monopolen und ihren politischen Vertretern ausgeht. Gegen diese – auch da bin ich mit meinen Vorgängern vollkommen einig, hilft nur der Klassenkampf. Was sollten die in der Volksfront versammelten sozialen Schichten der Werktätigen auch sonst gegen die Monopole tun: Um Demokratie bitten?[3]

Wir bleiben zur Formulierung der Aufgaben der Arbeiterklasse zur Formierung der Arbeiterklasse bei Dimitroff: "Das Grundlegende, das Entscheidende, für die Herstellung der antifaschistischen Volksfront ist die entschiedene Aktion des revolutionären Proletariats zur Verteidigung der Forderungen dieser Schichten und insbesondere der werktätigen Bauernschaft, der Forderungen, die den Grundinteressen des Proletariats entsprechen, wobei man im Laufe des Kampfes die Forderungen der Arbeiterklasse mit diesen Forderungen verknüpfen muß."[4]

Wir bleiben bei der Tradition unserer Partei: „Der Kampf gegen die Rechtsentwicklung darf sich jedoch nicht auf die Verteidigung demokratischer Rechte beschränken. Die Dokumente des VII. Weltkongresses lehren uns, daß die rechten Kräfte vor allem dann an Boden gewinnen und ihre Massenbasis erweitern können, wenn große Teile der Mittelschichten und der Arbeiterklasse aufgrund ihrer sich verschlechternden ökonomischen Lage unzufrieden werden, keine Perspektive des Kampfes gegen das Großkapital erkennen und stattdessen auf die soziale und nationale Demagogie der rechten Kräfte hereinfließen. Nicht zufällig bezeichnete Wilhelm Pieck auf dem VII. Weltkongress den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen als den 'strategischen Knotenpunkt' der Politik der KPD in Deutschland vor 1933.“[5]

## Klassenkampf

Hier beginnen aber die Differenzen: Der Klassenkampf hat drei Ebenen: ideologisch, politisch und ökonomisch. Und auch wenn es richtig ist, bspw. an #unteilbar zu kritisieren, dass es den ökonomischen

Klassenkampf nicht mitführen will, oder an der antideutsch angehauchten Lifestyle-Linken, dass sie ihn für kollektivistisch und eine Vorstufe zum Faschismus hält, oder an Aufstehen gegen Rassismus, dass er ausgeklammert, in der Tendenz sogar bekämpft wird, so ist #aufstehen tatsächlich ja um keinen Deut besser: Auf der Gründungskonferenz der Bochumer Ortsgruppe der Sammlungsbewegung hielt Sahra Wagenknecht ein Grundsatzreferat, in dem sie ausführte, die Politik dürfe gegenüber den Konzernen nicht machtlos sein, und man könne z.B. dort, wo die Tarifbindung unter 50% sinke, den besten Tarifvertrag staatlicherseits für verbindlich erklären. Vorschläge, die den politischen Klassenkampf betreffen, gehen in die gleiche Richtung: Die Menschen sollen mit „der Politik versöhnt werden“.[6] Das ist ein Herangehen, dass der „konzertierten Aktion“ [7] der großen Koalition der 1960er Jahre entspricht: Es bindet politischen und gewerkschaftlichen Widerstand gegen das Kapital ein, und organisiert eben keine gewerkschaftliche und in der Perspektive politische Gegenmacht der Arbeiterklasse.[8] Und damit eben auch keine individuelle Handlungsfähigkeit. Lurchi et al. unterstellen das der Wagenknecht-Bewegung. Es schließt sich nur logisch aus: entweder Integration oder kämpferische Orientierung.

Wenn Lurchi und seine Mitautoren aber hierauf reinfallen, so rächt sich, dass sie die Differenz zwischen Reformismus und revolutionärer Politik ad acta gelegt haben: Alle Differenzen tauchen nämlich hier wieder auf: Es geht um die Eroberung von Gegenmachtpositionen und der Entwicklung der Masseninitiative gegen die Stellvertreterpolitik sozialliberaler Integration und um die Erkenntnis, dass Reformschritte gegen diesen Staat erkämpft werden müssen. Wagenknecht argumentiert ihre Reformschritte vor dem Hintergrund eines klassenneutral verstandenen Staates.

Es geht aber auch um die Frage, wie der ideologische Klassenkampf geführt werden soll. Zur Erarbeitung von Klassenbewusstsein gehört die Frage, wo – und zwar möglichst konkret – der Feind

steht: Für Lurchi und seine Mitautoren steht er in den USA und in dem Teil der deutschen Regierung, die mit dem US-Imperialismus kollaboriert (noch nicht einmal der deutschen Monopole, und das soll die antimonopolistische Strategie sein?). Wie stellt man sich denn den ökonomischen Klassenkampf gegen den amerikanischen Imperialismus vor? Die deutschen Monopole könnten ja bestreikt, sogar enteignet werden. Aber die amerikanischen? Das Bewusstsein der Klasse formiert sich in konkreten Kämpfen, formulieren die Autoren unter sehr richtigem Bezug auf den Begriff der Handlungsfähigkeit, aber im ökonomischen Klassenkampf streichen sie diese Handlungsfähigkeit wieder. Und im ideologischen verwischen sie die klare Gegneranalyse, wenn sie Wagenknechts Formulierung der „Superreichen“ und der „globale Konzerne“ unterstellen, es handle sich um eine „klare antimonopolistische Analyse“ gerade in der Qualität von SDAJ und DKP.[9] Wenn dem so wäre, hätten Mayer, Stehr und Jürgensen eine ebenso klare antimonopolistische Analyse gehabt. Die konkrete Anleitung zum Klassenkampf braucht die konkrete Analyse der deutschen Monopole, möglichst in jedem Betrieb. Die Weiterführung der politischen Linie, die in der UZ die Reihe „unsere Oligarchen“ in Verbindung mit dem Sofortprogramm der DKP formulierte und in Ansätzen anleitete, ist hier die richtige Orientierung.

## Die Partei in den Klassenkämpfen aufbauen!

Ich bin – ebenso wie Lurchi et al. – der Auffassung, dass es keine Trennung geben darf zwischen den aktuell zu führenden sozialen und demokratischen Kämpfen einerseits und dem Aufbau der kommunistischen Partei andererseits. Es gibt auch im Hier und Jetzt die Notwendigkeit des Aufbaus des an die Volksfront angelehnten antimonopolistischen Bündnisses und der Einheitsfront der Arbeiterklasse. Außerhalb der Kämpfe entstehen solche Bündnisse nicht, wie auch die Partei nicht aufgebaut werden kann. Es gibt in der Politik keine „Sandkastenspiele“. Nur kritisiere ich, dass Lurchi et al. dabei ignorieren, dass Wagenknecht eben keine konkreten Kämpfe einfordert, dass also keine der drei Ebenen des Klassen-

kampfes in dieser Bewegung von sich aus angedacht sind.

Es geht mir darum, die derzeitig vorgefundene Avantgarde in diesem ihren Anspruch ernst zu nehmen. Wir stehen in ihren Reihen und brauchen keine Ersatz-Organisationen oder Bewegungen, auf die wir zukünftig hoffen können. Wir brauchen die kommunistische Partei. Es geht mir darum, dass ohne die Hegemonie des Marxismus-Leninismus innerhalb der Arbeiterbewegung jeder Protest von Rechts in das System vereinnahmt



werden kann. Wenn jedoch Lurchi et al. in ihrer Verteidigung Wagenknechts diese Erkenntnisse der Leninschen Parteitheorie streichen und sozialliberale Integration für Klassenkampf gegen die Monopole erklären, lösen sie selbst den Zusammenhang zwischen kämpfender Bewegung und aufzubauender Partei. Sie lösen Grundaussagen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung auf.

Ich möchte weder #unteilbar noch #aufstehen in die rechte Ecke stellen. Ich behaupte, dass es sich hier um verschiedene Varianten einer bereits von Reinhard Opitz als Strategie des gesamten Monopolkapitals erkannten sozialliberalen Politik handelt.[10] Die Linkspartei – von den Antideutschen über die progressiv-neoliberale Kipping bis hin zu den national-sozialliberalen Aufstehern bietet sich dem deutschen Monopolkapital als neue soziale Hauptstütze an. Das tut sie sicher subjektiv in antifaschistischer Absicht. Und so richtig es ist, daran anzuknüpfen und Aktionseinheiten zu organisieren: Lurchi et al. geben die Positionen der Kommunisten preis, und

so organisiert man keine Aktionseinheiten, sondern die weltanschauliche Selbstaufgabe.

Etwas anderes – als die bewusst sozialliberale Haltung Wagenknechts – ist das subjektive Bewusstsein derer, die gerade bei #aufstehen mitmachen wollen: Es geht den allermeisten sicher aufrichtig um Frieden und sozialen Fortschritt. Aber wenn sie nicht lernen zu kämpfen, wenn sie nicht lernen, sich zu organisieren und auch weltanschaulich den Gegner zu erkennen, werden sie keine Instrumente erhalten, sich ein besseres Leben zu erkämpfen. Das alles kann nur die kommunistische Partei in den Kämpfen vermitteln.

Im Prozess der Kämpfe, in der wir die Partei stärken, indem wir sie wieder in der Klasse verankern und in den derzeitigen Kämpfen reorganisieren, sind Aktionseinheiten anzustreben. Aber – und das war die zentrale Erkenntnis des 20. Parteitages unserer Partei, der DKP – mit der kommunistischen Partei als eigenständigen Faktor.

### Quellen und Anmerkungen

- [1] Johannes Magel, Seta Radin, Thomas Lurchi: Sag mir, wo du stehst. Zu #aufstehen und der antimonopolistischen Strategie der DKP. in: Theorie und Praxis, 46/2018, S. 2-6.
- [2] Harald Humburg: Mehr als 8 Monate Arbeitskampf bei NeuPack: Prekär Beschäftigte wehren sich. Erfahrungen-Schlußfolgerungen-Lehren – Ein erster Versuch, unter <http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/08/Neupack-Humburg.pdf>, abgerufen am 17.01.2019.
- [3] Die Position, die ich kritisiere, findet sich bei Hans-Peter Brenner: Antifaschismus und die Strategie der DKP. Eine Erwiderung zu Thomas Mehners Diskussionsbeitrag. in: UZ vom 09.02.2018.
- [4] Georgi Dimitroff: Arbeiterklasse gegen Faschismus. Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Internationale, München 1999, S. 42.
- [5] Herbert Mies: Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die Politik der DKP, in: PV der DKP (Hrsg.): Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die Politik der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf-Neuss, o. J., zit. n.: Max Schäfer (Hrsg.). Herbert Mies: Zur Politik der DKP. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Frankfurt am Main 1979, S. 191-206, hier S. 199.
- [6] Sahra Wagenknecht: #Aufstehen – Die derzeitige Politik ist nicht alternativlos, Bochum, 14.11.2018, unter <https://www.youtube.com/watch?v=-qXEhB7SGSwU>, abgerufen am 17.01.2019.
- [7] Damit ist der Eingriff in die Tarifautonomie nach der Krise 1966 unter SPD-Minister Schiller gemeint: Durch Lohnleitlinien wurden die Tarifpartner durch den Staat in Schlichtungsrunden gezwungen. Eine gewerkschaftliche Mobilisierung analog zur entstehenden demokratischen Bewegung, kulminierend in 1968 sollte verhindert werden.
- [8] Friedemann Schuster: Mitbestimmung-Machtverhältnisse-Klassenkampf, Frankfurt am Main 1970.
- [9] Siehe Lurchi et al., a. a. O.
- [10] Reinhard Opitz: Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973, S. 243.

# KLASSEN UND KLASSENKAMPF IN DER VR CHINA CHINAS KAMPF UM DEN SOZIALISMUS

Dass China sich selbst als Sozialismus in seinem Anfangsstadium bezeichnet und eine sozialistische Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand bis 2021 aufgebaut haben will;

Dass in China die Armut weitgehend beseitigt ist, die Löhne seit vielen Jahren kontinuierlich steigen, der Bildungsstand und die Bildungsmöglichkeiten gigantisch angewachsen sind - der Human Development Index der UNO bescheinigt China ein Land „hoher menschlicher Entwicklung“ zu sein – das bestreiten selbst antikommunistische Kritiker nicht. Und das angesichts der schieren Größe Chinas an Fläche und Bevölkerungszahl, aber auch angesichts der krassen Unterschiede der Entwicklung innerhalb Chinas.

Dass in den letzten 10 Jahren in China 20 Millionen Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen wurden. Das ist so viel, wie ganz Spanien heute an Arbeitsplätzen hat.

Doch solche Fakten beeindrucken den westlichen Sofa-Linken nicht. Wer seinen Vorstellungen von Zukunft entsprechen will, hat antikapitalistisch-asketisch, egalitär und basis-demokratisch, anti-autoritär und gewaltlos zu sein, vielleicht noch mit einer Feder im Haar und beim Kalumet-Rauchen mit einem ökologisch unbedenklichen Spielzeug-Tomahawk ausgestattet. Solchen Winnetou-Sozialismus hat Volkschina – der KP Chinas sei Dank - natürlich nicht zu bieten.

Noch aggressiver haben sich einige Linke – auch in T&P – positioniert, die behaupten, China sei nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch, sogar imperialistisch, und berufen sich dabei auch noch auf Lenin. Das wäre weiter nicht zu beachten – Unbelehrbare hat die Arbeiterbewegung immer ertragen müssen. Sie werden jedoch gefährlich, wenn sie sich von links in die Hetze gegen die VR China einreihen und dadurch die Schaffung von Feindbildern zur Kriegsvorbereitung unterstützen. Das passiert gerade mit der heraufziehenden Krise und der Verschärfung des Handelskriegs.

## Einige Anstöße zum Nachdenken: Klassenkampf im Sozialismus

Die chinesische Verfassung ist die einzige in der Welt, die offen von Klassen und

Klassenkampf im eigenen Land spricht und die Volksrepublik als „sozialistischen Staat unter der demokratischen Diktatur des Volks“ festschreibt. Dieses klare Wissen der KP China um Klassen und Klassenwidersprüche im Sozialismus (und die klare Frontstellung gegen die fehlerhafte Einschätzung von der Unumkehrbarkeit des Sozialismus) hat sie 1989 vor der Niederlage durch die Konterrevolution bewahrt.

Im internationalen Klassenkampf wird China von Außen und von Innen bedroht (z.B. durch Wühlarbeit und durch Korruption).

In der rasanten Entwicklung, die China seit der Politik der Reformen und Öffnung genommen hat, ist die Entwicklung von Bourgeoisie unvermeidlich (und unbestritten).

Die Staatsmacht unter der Leitung der KP Chinas hält dabei die Kommandohöhen der Wirtschaft fest im Griff. In der SASAC sind die großen staatseigenen Kombinate gebündelt. Sie hat sich im gesamten Entwicklungsprozess an Lenin orientiert. „Wer auf diesem Gebiet die besten Resultate erzielt, sei es auch auf dem Wege des privatwirtschaftlichen Kapitalismus, sei es sogar ohne Genossenschaften, ohne direkte Umwandlung dieses Kapitalismus in Staatskapitalismus, der wird dem sozialistischen Aufbau in ganz Russland mehr Nutzen bringen als derjenige, der auf die Reinheit des Kommunismus „bedacht“ ist, Reglements, Direktiven, Instruktionen für den Staatskapitalismus und die Genossenschaften schreibt, aber praktisch den Umsatz nicht vorwärtsbringt.

Das mag als ein Paradox erscheinen: der privatwirtschaftliche Kapitalismus in der Rolle eines Helfers des Sozialismus? Aber das ist keineswegs ein Paradox, sondern eine ökonomisch völlig unbestreitbare Tatsache. Da wir ein kleinbäuerliches Land mit einem besonders zerrütteten Verkehrswesen vor uns haben, ein Land, das eben erst aus Krieg und Blockade herauskommt, das politisch geführt wird vom Proletariat, in dessen Händen sich das Verkehrswesen und die Großindustrie befinden, so ergibt sich aus diesen Voraussetzungen ganz unvermeidlich erstens die überragende Bedeutung des örtlichen Umsatzes im gegebenen Zeitpunkt, und zweitens die Möglichkeit, den Sozialismus auf dem Wege über den

privatwirtschaftlichen Kapitalismus (ganz zu schweigen vom Staatskapitalismus) zu fördern.“ (W.I. Lenin, Über die Naturalsteuer, LW 32, S. 362)

**Das ist der entscheidende Hinweis Lenins:** Wenn die Machtfrage im Sinne des Proletariats geklärt ist, dann ist der **Kapitalismus** und seine Entwicklung ein **Helfer des Sozialismus** durch Überwindung der Kleinproduktion. Dazu dient neben der Heranziehung von Auslandskapital auch die Modifizierung der Planwirtschaft durch Schaffung von größeren Spielräumen für private Produzenten (sozialistische Marktwirtschaft). All dies soll die Entwicklung der Arbeitsproduktivität vorantreiben, die seit den Erfahrungen in der Sowjetunion der Schlüssel für Sieg oder Niedergang des Sozialismus nicht nur in China, sondern im Weltmaßstab ist.

Dabei sind die chinesischen Kommunisten nicht so naiv zu glauben, dass diese Entwicklung reibungslos vor sich geht. Sie wissen, dass die Nutzung des Kapitalismus auch Bourgeoisie hervorbringt. Deswegen halten sie auch am Klassenkampf fest. Nach Außen gegen die Einkreisung durch den Imperialismus und nach Innen derzeit vor allem im Kampf gegen die Korruption, die nichts anderes ist als eine verdeckte Form des Klassenkampfes. Die Kampagne gegen die Korruption, die Kampagne zur Massenlinie, ist die von der Parteiführung deutlich formulierte Warnung nicht nur an die Bourgeoisie, sondern auch an die Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei selbst, dass die Partei nichts ist ohne den Rückhalt in der Arbeiterklasse und im Volk.

## Die chinesische Arbeiterklasse

Von den fast 1400 Millionen Einwohnern der VR China sind etwa 71% erwerbstätig, das sind rd. 775 Millionen Menschen gegenüber 755 Millionen 2008. Die Beschäftigten in der Landwirtschaft hatten vor 10 Jahren noch einen Anteil von über 30%, 2017 waren es noch etwa 18%. (BRD 1,3%). Die Grenzen zwischen Beschäftigung auf dem Land und in der Stadt sind fließend: zwischen 1980 und heute ist die Zahl der Pendler/Wanderarbeiter/internen Migranten auf über 250 Millionen angewachsen.

Aus all diesen Angaben kann man als grobe Orientierung festhalten, dass die aktive Arbeiterklasse in China etwa 630 Millionen Beschäftigte umfasst, während die sog. Mittelschicht (Kleinbürgertum in Stadt und Land inkl. Bauern, Intelligenz) auf ca. 110 Millionen geschätzt wird. Die Bourgeoisie umfasst etwa 35 Millionen (ca. 5%). Diesem Verhältnis (etwa 6:1:0,3) entsprechend müssen die Nicht-Erwerbstätigen (Personen unter 16 und über 60) zugerechnet werden, was auf Seiten der Arbeiterklasse nochmals geschätzte 500 Millionen Personen ausmacht.

## Die chinesischen Gewerkschaften

Von den 630 Millionen aktiven Arbeitern sind über 350 Millionen (2017) im Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbund (GCGB, manchmal auch Allgemeiner Chinesischer Gewerkschaftsbund ACGB genannt) organisiert. 2005 waren es 134 Millionen. Damit ist die chinesische Einheitsgewerkschaft nicht nur die größte Gewerkschaft der Welt und eine Gewerkschaft, deren Mitgliederzahl im letzten Jahrzehnt riesig angewachsen ist, sondern damit ist China auch das Land mit einem der höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrade.

Ganz im Gegensatz zu den verbreiteten Klischees von den durch die allmächtige KP gegängelten und ruhig gestellten Gewerkschaften sind die chinesischen Gewerkschaften sogar die streikfreudigsten in der Welt.

Die Gewerkschaften kämpfen auf der Grundlage der „demokratischen Diktatur des Volks“ (s. KAZ 362) unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Die Grundlinie dieses Kampfes besteht darin, die Entwicklung der Produktivkräfte voranzutreiben.

## Aktuell: Gewerkschaften im Widerspruch

Auf dem 19. Parteitag der KPCh im Oktober 2017 verlangte Genosse Xi Jinping, dass das dreigliedrige System von Verhandlungen zwischen Staat, Gewerkschaften und Betrieb zu konsolidieren sei, um harmonische Arbeitsbeziehungen aufzubauen und den Arbeitern ein anständiges und faires Einkommen für ihre Mühen zu sichern.

Die neueste Entwicklung kann der China Daily vom 30.10.2018 entnommen werden: Nach dem vor wenigen Tagen stattgefundenen 17. Nationalen Gewerkschaftskongress ist die neugewählte Führung des GCGB bei Xi Jinping ein-

geladen. „Präsident Xi drängte die Gewerkschaften, fest an der Führung durch die Kommunistische Partei festzuhalten und ihre Anstrengungen zu vergrößern, um die legitimen Interessen der Arbeiter zu schützen... Xi sagte, die Arbeiterklasse müsse zur führenden Triebkraft werden bei den Anstrengungen, die dem Land zur Verwirklichung der Ziele und Aufgaben bevorstehen, die der 19. Parteitag der KPCh gesetzt hat. ... Er forderte äußerste Anstrengungen, um die Wanderarbeiter aufzunehmen und sie zu einer verlässlichen Kraft in der Arbeiterklasse zu machen. ... Bei der Verteidigung der legitimen Interessen der Arbeiter sollen sich die Gewerkschaften auf deren größte Sorgen konzentrieren und auf ihre unmittelbaren und realen Probleme. Er fügte hinzu, dass sie ihre Stimme erheben müssen, wann immer die legitimen Interessen der Arbeiter verletzt werden.“

Aus alledem wird deutlich, dass die Parteiführung sehr klar sieht, dass noch keine harmonischen Arbeitsbeziehungen vorhanden sind, dass noch keine anständigen Einkommen überall erzielt werden und dass die Gewerkschaften nicht immer ihre Stimme erhoben haben, wo es bei der Verteidigung der legitimen Interessen der Arbeiter notwendig gewesen wäre. Und vor allem, dass sie nicht immer an der Führung durch die Kommunistische Partei festgehalten haben. Es sei erinnert:

„Sich lediglich zu Geschlossenheit zu bekennen, ohne die Existenz von Widersprüchen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft sowie die Widersprüche als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung anzuerkennen, bedeutete dann doch das Gesetz von der Allgemeinheit des Widerspruchs zu leugnen, mit der Dialektik zu brechen ... Eben weil keine Einheit herrscht, besteht die Aufgabe der Geschlossenheit, eben deshalb muss um Geschlossenheit gekämpft werden. Bestünde hundertprozentige Einheit, was bräuchte man da noch unentwegt Einsatz für Geschlossenheit zu zeigen.“<sup>3</sup>

Auf dieser Grundlage argumentiert Xi und er zeigt Handlungsbedarf auf, ohne vorzuschreiben, was zu tun ist und wie es zu tun ist.

In dieser knappen Stellungnahme von Xi Jinping werden die Widersprüche aufgezeigt, in denen sich die Gewerkschaften im Sozialismus bewegen:

sie haben im Gesamtinteresse der Arbeiterklasse die „demokratische Diktatur des Volks“, die durch die Avantgarde

der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, ausgeübt wird, zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen;

sie haben den Staat zu unterstützen, mit dessen Hilfe die Diktatur nach Innen und Außen ausgeübt wird. Dessen aktuelle Aufgaben stehen aber im Widerspruch zum langfristigen Interesse der Partei, den Staat selbst abzuschaffen bzw. die Voraussetzungen für sein „Einschlafen“ zu schaffen; außerdem im Widerspruch zur Aufgabe der Partei als die organisierte Kritik der bestehenden Verhältnisse, die wiederum durch den Staat selbst geprägt werden. Außerdem steht der Gesamtstaat im Widerspruch zu vielfältigen Interessen von Individuen, einzelnen Unternehmen und Belegschaften, einzelnen Kommunen und Provinzen

sie haben die Interessen von Belegschaften und einzelnen KollegInnen zu vertreten, die in Widerspruch zu den allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse geraten, aber dennoch legitime Interessen haben.

Es wird erkennbar: Der proletarische Staat steht aufgrund der Notwendigkeiten der Produktivkraftentwicklung für eine bestimmte Zeit nicht in einem antagonistischen Widerspruch zu einem konkreten Kapitalisten. Der Staat will ja mit seiner Hilfe den Sozialismus entwickeln. Aber zwischen diesem einzelnen Kapitalisten bestehen antagonistische Widersprüche zu den Arbeitern, die ihm den Profit schaffen.

Von daher wird die schwierige Aufgabe der Gewerkschaften im Sozialismus als Kämpfer und Vermittler sichtbar. Wenn in dieser Lage die Gewerkschaften nicht die legitimen Interessen wahrnehmen und durchfechten, verlieren sie das Vertrauen der Kollegen und das nagt dann wiederum an der Grundlage der Diktatur des Volks und des Staates. Wenn dann noch dazu kommt, dass einzelne Gewerkschaftsführer korrupt sind, kann die Lage außer Kontrolle geraten.

Der Unterschied zu den Verhältnissen in den kapitalistischen Ländern besteht „nur“ darin, dass die Kommunistische Partei an der Macht alle Hebel in der Hand hält, um die Situation zu bereinigen und letztlich die Macht- und Eigentumsfrage gegenüber den Kapitalisten zu stellen.

## Wie passt das alles zusammen?

Ist das die Diktatur des Proletariats, bei der Arbeiter um ihr Recht kämpfen müssen? Ist hier die Arbeiterklasse die

herrschende Klasse, bei der sich Belegschaften mit dem jeweiligen Unternehmen, ob staatlich oder privat, um Lohn streiten müssen? Ist das noch Sozialismus?

Ja, das ist Sozialismus, oder wie es die chinesischen Kommunisten sagen, Sozialismus in seinem Anfangsstadium! Und solche Widersprüche werden ihn wohl auch noch lange Zeit begleiten. Denn die chinesischen Genossen sehen seit Mao Tse-tung den Sozialismus als eine lange Etappe oder Periode (keine eigenständige Epoche!).

### Fazit I: Aufgaben und Stellung der Gewerkschaft am Beispiel des sozialistischen China

- Von zentraler Bedeutung für den Klassenkampf im Sozialismus ist, die Entwicklung der Arbeiterklasse als Klasse für sich voranzubringen und die Entwicklung der Bourgeoisie zur Klasse für sich zu verhindern, die Formierung der Bourgeoisie zu einer eigenständigen politischen Kraft zu unterdrücken.

- Wenn die sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Gewerkschaften in den imperialistischen Ländern das Fehlen von Gewerkschaftsfreiheit in der VR China beklagen, haben sie konsequent übersehen, dass den Gewerkschaften in China keine organisierte, mächtige Kapitalistenklasse gegenübersteht (z.B. in Form von „Arbeitgeber“-verbänden), die die Hand auf den Hebeln des Staatsapparates hat, sondern für eine bestimmte Zeitspanne einzelne kapitalistische Unternehmer und Unternehmen, die geduldet sind, solange sie dem Land nutzen. Wenn sie durch neue Formen der Planung, Leitung und Organisation ersetzt werden können, werden sie ersetzt.

- Solange sie aber gebraucht werden, werden Teile der Arbeiterklasse in China Opfer bringen, ihr eigenes, unmittelbares Wohlergehen gegenüber dem Gesamtinteresse der Klasse zurückstellen, Nachteile in Kauf nehmen und gegen die Kapitalisten kämpfen müssen, manchmal sogar ohne Unterstützung von Partei und Gewerkschaft.

- Auch diese Kämpfe werden zur Entwicklung des Klassenbewusstseins beitragen und Widersprüche in der Partei-, Staats- und Gewerkschaftsführung offenlegen. Die Parteiführung hat erkannt, dass diese Widersprüche wahr- und ernstgenommen werden müssen, um zu verhindern, dass aus Widersprüchen im Volk antagonistische Widersprüche werden, die mit einer neuen (Kultur-) Revolution gelöst werden müssten.

- Sind die Produktivkräfte weit genug entwickelt und ist die Kleinproduktion überwunden, treten die Produktivkräfte in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen. Dann wird geprüft werden, ob, wann und in welcher Form privates Kapital in Volkseigentum überführt wird. Dann steht auch die Frage erneut, wie der Widerstand der Bourgeoisie (einschließlich der Fürsprecher in den eigenen Reihen der KP und im Staatsapparat) überwunden werden kann.

### Fazit II: Sozialismus – „einzige wirkliche Hoffnung auf Frieden und Überleben unserer Spezies“ (Fidel Castro)

Der Sozialismus als niedere Stufe des Kommunismus ist keine Gesellschaftsform zur gerechten Verteilung und Be-

die Sowjetunion wieder zunehmend allen Hass der Imperialisten und Reaktionäre auf sich.

Dem sozialistischen China gilt unsere Hochachtung und unsere Solidarität. Wir werden niemals einstimmen in den Chor, der bereits anhebt, um China für die anschwellende Krise, die kommende Arbeitslosigkeit, den Niedergang, die Fäulnis in Deutschland verantwortlich machen will. Wir werden nicht einstimmen in den Chor der rassistischen Hetzer gegen „die gelbe Gefahr“.

Wir haben im Gegenteil Volkschina zu danken. Es ist, wie Fidel es ausgedrückt hat, nicht nur die größte Hoffnung für die Entwicklungsländer, sondern für die Zukunft aller werktätigen Menschen.



wirtschaftung des Mangels, sondern eine Gesellschaft, in der – als Prozess über einen langen Zeitraum – der Mangel abgeschafft wird – der materielle und geistige –, damit alle Springquellen des Reichtums reichlich fließen und sich entwickeln können und einmal verwirklicht wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen. Der Sozialismus ist Ausdruck des Mangels und der Weg zu seiner Überwindung. Dafür unternimmt das chinesische Volk unter der Führung der Arbeiterklasse, die mittels ihrer Kommunistischen Partei die Leitung über die Produktionsmittel in die Hand genommen hat, alle Anstrengungen, bringt alle Opfer und beginnt erste Früchte zu ernten. Es zieht wie einst

#### Quellen und Anmerkungen

1 Die zugehörigen Belege sind zu finden in KAZ 362, 364, 365

2 <http://www.chinadaily.com.cn/a/201810/30/WS5bd79b1ca310eff3032854b7.html> (Übersetzung Corell)

3 s. Mao Tse-tung, Das machen wir anders als Moskau, Reinbek 1975, S.37

# IN EIGENER SACHE

Auch wenn wir uns der Erklärung von Herausgebern und Redaktion zum weiteren Erscheinen von T&P – mit Bedenken, weil Tina Sanders in vielen Punkten Recht hat - angeschlossen haben, erklären wir hiermit unseren Rücktritt.

Die letzte Ausgabe Nr. 46, insbesondere die vierseitige Lobeshymne zu „Aufstehen“, gab dafür den Ausschlag. Hier wird nicht nur ein rein reformistisches

publik erstellt, die auf ihre „demokratischen“ und „sozialstaatlichen“ Wurzeln zurückgeführt werden könne und müsse. Aufgabe der DKP dagegen sollte es sein, Klassenbewusstsein zu entwickeln und die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze aufzuzeigen, die zu Armut, Elend und letztlich auch zu Kriegen führen.

Im Aufruf wird das „gute Erbe der

nach entsprechenden Anträgen kommunistische Akzente hinzugefügt wurden) oder auch über das EU-Wahlprogramm ist nötig. Auch hier wird über viele richtige und notwendige Forderungen zur Abrüstung hinaus nicht deutlich, dass der Imperialismus nicht friedensfähig gemacht werden kann, dass Kriege dem Kapitalismus immanent sind.

Auch eine Kritik an der UZ, die zwar an Qualität gewonnen hat, aber immer noch viele Artikel enthält, die in einer bürgerlichen Zeitung besser aufgehoben wären, ist nötig. Es gibt noch eine Reihe weiterer Fragen, die es wert sind, kritisch diskutiert zu werden.

Die letzte Ausgabe von T&P zeigt jedoch, dass die einst fundierte Zeitschrift dazu nicht - mehr - in der Lage ist. Hinzu kommt, dass die meisten Artikel inzwischen anderweitig – auch auf „news.dkp“ – veröffentlicht werden. Dass T&P anonyme bzw. unter Pseudonym verfasste Artikel bringt, lehnen wir ab.

Erika und Michael Beltz



Projekt über den grünen Klee gelobt (was nicht heißt, dass wir Kommunisten nicht mit seinen Anhängern punktuell gemeinsam auch um Reformen kämpfen können und sollen), sondern auch noch bürgerliche Bewegungen wie die um Sanders in den USA.

Auch wenn diese Kampagne auf große Zustimmung stößt, darf nicht übersehen werden, dass ihr Ziel letztlich die Wiederherstellung des „Sozialstaates“ (den es in der BRD nie gegeben hat) ist bzw. sogar der „Ausbau des Sozialstaates“ ist – also eine Utopie.

Im Aufruf heißt es sinngemäß, dass „die „unternehmerische Freiheit garantiert und gleichzeitig verhindert werden soll, dass von ihr zum Nachteil von Unternehmen, Belegschaften... Gebrauch gemacht werden könne“. Das deckt sich mit Sahra Wagenknechts Vorstellung vom „Reichtum (Kapitalismus) ohne Gier“, so ihr jüngster Buchtitel, die der Quadratur des Kreises entspricht.

Damit werden Illusionen geschürt und ein falsches Bild einer Bundesre-

Friedens- und Entspannungspolitik von Brandt, Bahr und der Friedensbewegung in Ost und West“ beschworen (die schließlich mit Wandel durch Annäherung der Konterrevolution den Boden bereitete), statt klar zu sagen, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen (Jean Jaurès).

Ignoriert wird auch, dass dabei führende Funktionäre von den Grünen und der SPD mitmachen, also der Parteien, die deutsche Kriege wieder möglich und mit der Agenda 2010/Hartz IV den drastischen Sozialabbau durchgesetzt haben.

Die antimonopolistische Strategie, die auf dem Parteitag und im letztlich verabschiedeten Leitartikel gegenüber dem Entwurf differenziert diskutiert und beschlossen wurde, wird hier reduziert auf ein Bündnis mit den „nicht-monopolistischen Schichten“.

Über die Strategie der DKP eine Diskussion zu organisieren und zu führen, hätte eine Aufgabe von T&P sein können. Eine Kontroverse über das reformistische „Sofortprogramm“ (dem in 2. Auflage

*Das Ausscheiden von Erika und Michael Beltz aus dem Herausgeberkreis von Theorie & Praxis nehmen wir mit großem Bedauern zur Kenntnis. Wir hätten uns gewünscht, – und haben dies auch angeboten – die unterschiedlichen Standpunkte in Bezug auf die #aufstehen-Initiative im Blatt zu diskutieren.*

*Das im Impressum genannte Konto von T&P kann bis zum Erscheinen der Ausgabe 48 weiterhin genutzt werden, um das Erscheinen des Blattes materiell zu unterstützen.*

*Der Herausgeberkreis von T&P hat sich einhellig verständigt, Hacki Münder aus München in seine Reihen aufzunehmen. Gerade in politisch turbulenten Zeiten, die auch an unserem Blatt nicht spurlos vorübergehen, wissen wir die Bereitschaft von Hacki Münder, die Herausgabe von T&P zu unterstützen, sehr zu schätzen.*

*Herausgeber und Redaktion von Theorie & Praxis*

# Inhalt

Johannes Magel

**Editorial** ..... Seite 1

## SCHWERPUNKT

Alexandra Liebig

**Gelbe Weste Korrespondenz aus Frankreich** .....  
..... Seite 2

Übersetzung Alexandra Liebig.

**Mélenchons Antwort auf Macrons „Gelbwesten“-  
Fernsehansprache am 10. 12. 2018**..... Seite 6

Andreas Wehr

**Die Bewegung der Gelbwesten: Was lehrt sie uns?**  
..... Seite 7

**Solidarität mit den Gelbwesten – sprechen wir  
französisch mit Merkel und EU** ..... Seite 9

## DEBATTE

Stephan Müller

**Die EU, ein imperialistisches Instrument** .....  
.....Seite 10

Kurt Baumann

**Falsche Alternativen: #aufstehen und #unteilbar..**  
.....Seite 14

Richard Corell

**Klassen und Klassenkampf in der VR China  
Chinas Kampf um den Sozialismus**..... Seite 16

## IN EIGENER SACHE

# Impressum

**Herausgeber:**

**Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,  
V.i.S.d.P.: Johannes Magel, 30175 Hannover  
<http://www.theoriepraxis.wordpress.com>**

**Druck: Eigendruck**

**Auflage: 1.400**

**Der Bezug ist unentgeltlich.**

**Redaktion und Anzeigen:**

**Postanschrift:**

**Johannes Magel**

**Scharnhorststraße 18**

**30175 Hannover**

**E-Mail: [TundP-Box@web.de](mailto:TundP-Box@web.de)**

T&P erscheint einmal im Quartal. Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz ,

Spendenkonto Theorie und Praxis

BLZ: 513 500 25

IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02

SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per email an [TundP-Box@web.de](mailto:TundP-Box@web.de) zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten. Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter <http://www.theoriepraxis.wordpress.com/> verwiesen. Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen. Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.